

ROBIN WOOD

magazin

Porsche: Waldschutz
statt Rennstrecke!

Landtagswahlen 2024:
Wie weiter mit Natur-
und Umweltschutz?



SOJA GRILLT ZUKUNFT

Futtermittelimporte stoppen!





Hülsenfrüchte lassen sich sehr gut in Deutschland anbauen. Damit können wir unabhängiger von Sojaimporten aus Südamerika werden, für die dort Wälder zerstört und Menschen vertrieben werden.

Foto: Aktion Agrar



Foto: Melina Gross

Soja grillt Zukunft: Mit dem Floß in zwei Wochen von Magdeburg nach Hannover

Liebe Leser*innen!

unsere Kampagne **Soja grillt Zukunft** hat Fahrt aufgenommen. Am 28. Juli hieß es in Magdeburg Leinen los: Gemeinsam mit Aktion Agrar starteten wir unsere Aktionsfloßtour gegen Soja-Tierfutter aus Raubbau und für eine sozial-ökologische Landwirtschaft. Mit einem Holzfloß und auf Fahrrädern fuhren die Aktiven in zwei Wochen bis nach Hannover.

Millionen Kühe, Hühner und Schweine werden hierzulande mit Soja gefüttert, um schnell und billig Fleisch zu produzieren. Das Soja wird überwiegend in Südamerika in Monokultur angebaut. Dafür werden dort Menschen von ihrem Land vertrieben, Tropenwälder und Baumsavannen großflächig abgeholzt sowie artenreiche Grassteppen und Feuchtgebiete vernichtet. 90 Prozent des importierten Sojas landet bei uns im Tierfutter. Viele kleine Höfe mussten hierzulande schon aufgeben, weil sie mit den Produktionskosten der Agrarfabriken nicht mithalten können.

Deshalb müssen wir weg von der Hochleistungs-Fleischproduktion und die pflanzliche Ernährung stärken. **Die Floß- und Radtour führte vorbei an großen Futtermittelwerken und kleinen Höfen**, die Alternativen aufzeigten, wie Landwirtschaft auch ohne Sojaimporte möglich sein kann. Das Probieren von leckeren Eiweißpflanzen stand ebenfalls auf dem Programm. Denn für den menschlichen Verzehr ist Soja bestens geeignet und eine prima Alternative zu Fleisch.

Um öffentlichkeitswirksam Druck auf die Politik auszuüben, haben ROBIN WOOD und Aktion Agrar eine **Petition** gestartet, die an Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir und Niedersachsens Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte adressiert ist. Darin fordern wir die Stärkung des regionalen

Anbaus von Hülsenfrüchten sowie ein Gesetz gegen die globale Entwaldung. Bitte unterschreiben Sie unsere Petition! Sie können die Petition online auf unserer Homepage unter: www.robinwood.de/soja unterzeichnen oder die beiliegende Unterschriftenliste nutzen. Herzlichen Dank! Mehr zur Tour und mehr zu unserer Kampagne lesen Sie ab Seite 18. Auf Seite 23 erfahren Sie darüber hinaus wie Sie eine ROBIN WOOD-Lieblingsnachspeise aus Schokolade und Tofu zaubern können. Schicken Sie uns doch bitte Ihre Lieblingsrezepte aus Soja an magazin@robinwood.de! Wir freuen uns darauf.

Der Autohersteller **Porsche**, eine Marke des Konzerns Volkswagen, plant für den Ausbau seiner Teststrecke im italienischen Apulien 200 Hektar Eichenwald zu roden. Ein Skandal! Vor Ort leisten Menschen Widerstand, die sich in der Initiative **Costodi del Bosco d'Arneo** zusammengeschlossen haben. ROBIN WOOD unterstützt die Initiative mit kreativen Aktionen, um diesen Raubbau zu verhindern. Bitte lesen Sie mehr dazu ab Seite 6 dieser Ausgabe.

Anfang Oktober startet ROBIN WOOD eine neue Online-Veranstaltungsreihe. Alle zwei Wochen immer am Mittwoch möchten wir mit Ihnen über **Bausteine für ein solidarisches Klima** diskutieren. Bitte lesen Sie dazu den Veranstaltungstipp auf Seite 38 und bitte nehmen Sie zahlreich an den Veranstaltungen teil. Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen!

Alles Gute und bleiben Sie aktiv,
Ihre Christiane Weitzel
für die Magazin-Redaktion



Foto: ROBIN WOOD

tatorte 

- 6 Stuttgart: Porsches Pläne stoppen
- 10 Protest in vier Ländern gegen Vattenfall
- 12 Grünheide/Berlin: Verkehrswende statt Autokonzerne
- 13 Berlin: Protest beim FDP-Parteitag

 tatorte

- Cyclistes Solidaires zu Besuch in Stuttgart 14
- Wolfsburg: Porsche – Hände weg vom Bosco d'Arneo 15
- Kein Kahlschlag in der Berliner Wuhlheide 15
- Aktive in Aktion: Christina aus Berlin 17



Foto: ROBIN WOOD



tropenwald 

- 18 Soja: kleine Bohne – große Zerstörung
- 21 Sojapolitik: Hunger auf Eiweiß
- 23 Die zwei Gesichter einer kleinen Bohne
- 24 Gesetz gegen globale Entwaldung
- 25 Soja grillt Zukunft: Bitte unterschreiben Sie unsere Petition!



Seite 27

Foto: Jan Kuppert

bündnisse 

- 26 Landtagswahlen 2024: Wählen gehen!
- 27 Brandenburg: Der Stillstand vor der Katastrophe
- 28 Thüringen: Totgesagte leben länger
- 29 Umweltschutz in Sachsen

 **energie**

- Warum gerade jetzt in Solar investieren? 30
- Solarer Nachbarschaftsstrom 31

Seite 30



Foto: Grammer Solar/R. Ertl

Seite 34



Foto: Rolf Zöllner

verkehr 

- 34 Eine andere Bahn ist möglich

internes 

- 33 Förder*innenforum: Klimawandel
- 36 Impressum
- 37 Broschüre: Lasst uns über morgen sprechen
- 38 Spenden statt Geschenke
- 38 ROBIN WOOD-Veranstaltungsreihe: Bausteine für ein solidarisches Klima



Fotos: Custodi del Bosco d'Arneo



Auf einem siebenspurigen Betonring rast Porsche durch den Wald Bosco d'Arneo. Die Rennstrecken will Porsche erweitern und plant 200 Hektar des insgesamt 500 Hektar großen Eichenwaldes zu roden

Porsches Pläne stoppen!

Keine Rodung vom Eichenwald Bosco d'Arneo in Süditalien!

*In Apulien in Italien plant der Auto-konzern Porsche aus Stuttgart für eine neue Teststrecke einen 200 Jahre alten Eichenwald zu roden – ein Skandal! Empörte Bürger*innen aus der Region, die Initiative Custodi del Bosco d'Arneo, machen dagegen mobil und werden dabei von ROBIN WOOD unterstützt.*

Seit 2012 besitzt Porsche eine Teststrecke im süditalienischen Apulien. Sogar aus dem Weltall ist sie weithin sichtbar: ein im Durchmesser vier Kilometer großer Kreis, dessen äußerer Rahmen ein etwa 40 Meter breiter Ring aus Beton darstellt. Der Ring wirkt wie von einem gigantischen Riesen hingeworfen. Auf dem Betonring werden durch Heranzoomen sieben Spuren einer Teststrecke sichtbar. Im Ring befindet sich im unteren Drittel ein Wald, der Bosco d'Arneo. Dieser hebt sich als dunkelgrüne Oase aus einem Meer aus Gelb- und Brauntönen der Region Apulien ab.

Der Wald im Ring ist der einzige Überlebende seiner Art im gesamten Stiefelabsatz Süditaliens. Der nächste intakte Wald ist der etwa 50 Kilometer entfernte Pianelle-Wald, ein Naturschutzgebiet in einem Karstgebiet, das für die Landwirtschaft nicht nutzbar ist. Der Rest des Stiefelabsatzes wird vor allem landwirtschaftlich genutzt, wobei ein Großteil der Olivenplantagen durch die Dürren der letzten Jahre abgestorben sind. Der Bosco d'Arneo hat damit eine außerordentliche Bedeutung für die Artenvielfalt, für das regionale Klima, für den Wasserhaushalt und so vieles mehr – dieser aus dem Weltall sichtbare, von hohen Mauern umschlossene Wald.

Aktuell ist Porsche auf die absurde Idee gekommen, dieses allerletzte Refugium von der Landkarte zu radieren. Nicht zu glauben? Aber so ist es. Porsche plant tatsächlich 200 Hektar dieses wertvollen etwa 500 Hektar großen Eichenwaldes abzuholzen, um die Teststrecke für Luxuskarossen weiter auszubauen. Der

Wald ist zwar als Natura 2000-Gebiet geschützt, aber es kommt immer wieder vor, dass auch geschützte Flächen gerodet werden, wenn es im Sinne des Gemeinwohls geschieht – das ist allerdings Auslegungssache. Ein Verlust für den Klima- und Artenschutz bedeutet das Abholzen immer. Welch fatales Signal würde gesendet, wenn gerade dieser allerletzte intakte Wald in einer großen vom Klimawandel hart getroffenen Region gerodet werden dürfte?

Porsche bietet den betroffenen Gemeinden an, ihren Hubschrauberlandeplatz nutzen zu dürfen und die Dienste der Werksfeuerwehr in Anspruch nehmen zu können, wenn der Konzern den Wald roden darf. Eine so begründete Gemeinwohlfunktion bezweifelt die EU-Kommission allerdings zum Glück. EU-Umweltkommissar Sinkevicius hat nach Informationen des Bündnisses Custodi del Bosco d'Arneo die italienische Regierung aufgefordert, weitere Beweise für das „öffentliche Interesse“ an dem Projekt vorzulegen. Die vorgesehene Rodung des völlig gesunden

Arneo-Waldes ist daher gestoppt – allerdings nur vorläufig für sechs Monate bis Ende September dieses Jahres.

Sollte der Wald gerodet werden, verpflichtet sich Porsche zu einer Ausgleichspflanzung außerhalb des Ringes. Diese müsste jahrzehntelang künstlich bewässert werden, um unter den sich zuspitzenden klimatischen Bedingungen Apuliens zu wachsen. Ob sich überhaupt ein intaktes Ökosystem entwickeln würde, ist äußerst fraglich. Für die Bewässerung der Setzlinge wären enorme Mengen Grundwasser erforderlich. Die Versalzung des Grundwassers in der Region durch nachdrückendes Meerwasser würde dadurch deutlich verstärkt. Porsche verpflichtet sich ohnehin nur für fünf Jahre der Nachsorge und behauptet, in dieser Zeit könne ein neuer Wald wachsen – was für ein gigantischer Realitätsverlust! Bisher besitzt Porsche übrigens nur eine Genehmigung zur Grundwasser-Entnahme von bis zu 1.000 Kubikmetern pro Jahr für hygienische Zwecke und für den Brandschutz.



Foto: ROBIN WOOD

Internationaler Protest – auf englisch und schwäbisch – bei Porsche in Stuttgart gegen die absurden Pläne, Wald für eine Teststrecke in Apulien zu opfern



Fotos: Custodi del Bosco d'Arneo

Die Initiative Custodi del Bosco d'Arneo kämpft gegen die Erweiterung der Porsche-Rennstrecke in Apulien

Gegen diese skandalösen Pläne von Porsche, den alten Wald zu roden, ist ROBIN WOOD mit einem großen Bündnis in den letzten Monaten aktiv geworden. Die Aktiven fordern, dass das Projekt endgültig gestoppt werden muss. Porsche ist in Deutschland in Stuttgart beheimatet. Dies ist eine Chance für den Wald, denn Stuttgart hat sich seit dem Kampf gegen Stuttgart 21 zu einer unvergleichlichen Proteststadt in Deutschland entwickelt. Wenn Natur bedroht ist, werden Bündnisse geschmiedet und es wird mit Wirkung über die Stuttgarter Stadtgrenzen hinaus protestiert. So auch im Fall Porsche. Kaum machte die schlimme Kunde ihre Runde, war auch schon eine Initiative gegründet und ROBIN WOOD mittendrin. So protestierten wir am 5. März dieses Jahres gemeinsam mit der Initiative Custodi del Bosco d'Arneo

bei einer Demo mit anschließender Kundgebung am Stuttgarter Porscheplatz. Am 29. Mai hissten wir bildstark ein Banner vor dem Porsche-Mutterkonzern VW in Wolfsburg neben vielen anderen Protestaktionen unterschiedlichster Initiativen, die an diesem Tag während der Porsche Hauptversammlung in Wolfsburg stattfanden (s. auch Seite 15).

Am 5. Juni stapelten wir am Vorabend der Hauptversammlung des Konzerns vor dem Porsche-Showroom in Stuttgart drei silberne Cubes zu einem Turm und symbolisierten damit einen der Bäume aus dem Wappen Apuliens. Unser englisches Banner war international verständlich und unser schwäbisches Banner sorgte für einige Heiterkeit bei den Passant*innen. Doch das wichtigste und ergreifendste an

Der Ring aus Beton, den Porsche um den Arneo-Wald gelegt hat, ist selbst aus dem Weltall zu erkennen



unser Protestaktion war die Unterstützung unserer italienischen Freunde aus Apulien. Enzo und Gianfranco hatten die weite Reise auf sich genommen, um mit uns zu demonstrieren. Und just in dem Moment, als die Cubes übereinander gestapelt waren, erreichten sie den Ort des Geschehens, wurden von uns mit offenen Armen empfangen und im selben Moment zu Aktiven in unserem Protestbild. Sie hielten Bilder des Arneo-Waldes hoch und es war ein bewegender Moment für uns, gemeinsam mit direkt Betroffenen zu demonstrieren.

Wie stark betroffen vor allem Enzo ist, erfuhren wir nach der Aktion beim anschließenden Treffen mit kühlen Getränken im heißen Stuttgart. Würde die Teststrecke ausgebaut, wäre Enzos Haus keine 40 Meter von der Strecke entfernt.

Nach Einschätzung der Italiener hätte eine ähnliche Protestaktion wie unsere in Italien wohl mit empfindlichen Strafen und eventuell mit Ingewahrsamnahmen geendet. Trotz Unkenntnis über die Verhältnisse in Deutschland hatten Enzo und Gianfranco dennoch keine Sekunde gezögert, mit uns zu protestieren.

Und sie brachten uns etwas ganz besonderes aus Apulien mit: Gianfranco holte aus seinem Rucksack einen grünen Strauß: ein Stück des bedrohten Waldes. Der Duft, der von den Pflanzen ausging, erzählte von dem Wald, in dem sie wuchsen. Wir hielten Kräuter und Blätter aus dem Arneo-Wald in den Händen, schnupperten daran und bewunderten die Vielfalt der Formen, Gerüche, Farben und Arten. Mit allen Sinnen erlebten wir einen Hauch des Waldes. Davon berührt und inspiriert ging unser Protesttag zu Ende.

Am nächsten Morgen ging unser Protest zur Porsche Hauptversammlung weiter. In den Tagen zuvor hatten wir einen Brief an die lokale Politik in Apulien vorbereitet und Unterschriften von über zwanzig Wald- und Umweltschutzinitiativen und NGOs aus der EU und der ganzen Welt gesammelt. Gemeinsam forderten wir von den Präsidenten der italienischen Region

Apulien und der Provinz Lecce sowie den Bürgermeister*innen der Gemeinden Nardò und Porto Cesareo, dem Projekt Porsches endgültig eine Absage zu erteilen. Zum ersten Mal wurde die Lokalpolitik in Apulien damit konfrontiert, dass Porsches skandalöse Pläne international Aufsehen erregen und die Rodung des Waldes dem Ansehen der Region stark schaden würde.

Auch für Gianfranco und Enzo ging der Protest an diesem Tag weiter. Neben einer Pressekonferenz und einer weiteren Protestkundgebung hatten sie die Chance, auf der Hauptversammlung Porsches zu sprechen und Fragen zu stellen. Die Antworten der Verantwortlichen von Porsche waren ernüchternd. Umso mehr wurde klar, dass die Politik Porsches in die Schranken weisen muss. Die lokale Politik Apuliens ist genauso gefragt wie die EU Kommission. Der Wahnsinn, den letzten intakten Wald der gesamten Region zu roden, muss gestoppt werden! Enzo und Gianfranco sind davon überzeugt, dass wir die Pläne Porsches gemeinsam stoppen können und ihr Glaube ist ansteckend. Wir bleiben dran!

Jana Ballenthien, ROBIN WOOD-Waldreferentin, wald@robinwood.de



Foto: ROBIN WOOD

Vor dem Porsche-Showroom in Stuttgart: Drei Cubes mit Baum symbolisierten das Wappen Apuliens beim gemeinsamen Protest am 5. Juni 2024



Foto: Custodi del Bosco d'Arneo

Die Custodi del Bosco d'Arneo hat sich in einem Brief an ROBIN WOOD für das gemeinsame Engagement für den Wald in Apulien bedankt:

Herzlichen Dank für eure Unterstützung!

Die Custodi del Bosco d'Arneo ist eine Initiative, die vor einem Jahr in der Region Apulien in Süditalien gegründet wurde. Wir sind eine Gruppe ganz unterschiedlicher Bürgerinnen und Bürger, die über den Plan von Porsche besorgt sind, die Infrastruktur des Nardo' Technical Center (NTC) zu erweitern. Damit droht die Vernichtung von über 200 Hektar EU-geschütztem Lebensraum, darunter ein jahrhundertealter Eichenwald. Dieser Wald ist für die Gemeinde von außerordentlicher Bedeutung. Die Gründe dafür reichen von seiner einzigartigen biologischen Vielfalt bis hin zur historischen Bedeutung des Gebietes. Hier finden sich zum Beispiel archäologische Überreste römischer Straßen.

Der Plan wurde von den italienischen Behörden mit dem Vorwand eines öffentlichen Nutzens gerechtfertigt, da ein Teil der Infrastruktur für eine öffentliche Nutzung zur Verfügung stehen soll. Zu den vielen Absurditäten dieses Plans gehört, dass eine Fläche von 500 Hektar Privateigentums enteignet werden soll, um sie als Ausgleich für die Ausrottung des geschützten Lebensraums zu renaturieren. Die Erschließung dieses „neuen Waldes“ in einem zunehmend heißen und trockenen Gebiet mit geringen oder gar keinen Wasserressourcen ist zum Scheitern verurteilt.

Der Plan wurde hinter verschlossenen Türen und ohne Beteiligung der Gemeinde entwickelt. Als wir vor einem Jahr davon erfuhren, schlossen wir uns sofort mit anderen lokalen Verbänden zusammen, reichten eine Klage ein und beteiligten uns an Initiativen wie Demonstrationen und öffentlichen Diskussionen. Wir schrieben an die EU-Kommission und das Europäische Parlament. Als Folge wurde die italienische Regierung von der EU um Klarstellung gebeten. Das führte dazu, dass der ursprüngliche Plan vorübergehend ausgesetzt wurde.

Dank der Unterstützung von ROBIN WOOD und weiteren deutschen Umweltverbänden konnten wir unsere Lobbyarbeit auf die nächste Stufe heben. Im Juni dieses Jahres organisierten wir gemeinsam in Stuttgart Pressekonferenzen, Aktionen und Demonstrationen. Bei der Porsche-Hauptversammlung richteten wir unser Anliegen direkt an die Porsche-Führungskräfte. ROBIN WOOD startete gleichzeitig Initiativen wie Fotoaktionen vor den Porsche-Standorten. Und vor allem ist ein offener Brief an die italienischen Behörden aufgesetzt worden, der von vielen Umweltschutzorganisationen und Initiativen unterzeichnet wurde. Wir unsererseits nutzen diesen Brief als Instrument, um andere italienische Umweltverbände zu mobilisieren.

Wir haben viel aus diesen Erfahrungen gelernt und lernen auch weiterhin von ROBIN WOOD und der deutschen Zivilgesellschaft, deren Engagement für den Umweltschutz für uns beispielhaft ist. Inzwischen gibt es einen regelmäßigen Informationsaustausch, der auf vertrauensvollen Beziehungen beruht. Weitere Initiativen sind in Vorbereitung, um einen weiteren Umweltschandaal durch einen multinationalen Konzern zu verhindern. Also, wir bleiben dran!

Gianfranco D'Eramo, Custodi del Bosco d'Arneo



Foto: Comité Schöne Lucht

Proteste in vier Ländern gegen Vattenfall

29. April 2024: Anlässlich der Jahreshauptversammlung von Vattenfall fanden in Schweden, Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien Protestaktionen gegen Vattenfalls Investitionen in Holz-Bioenergie sowie gegen die weitere Verbrennung fossiler Brennstoffe statt.

In **Schweden** nahm eine Gruppe Klimaaktivist*innen von Fridays For Future Sweden an Vattenfalls Hauptversammlung im Stockholmer Vorort Solna teil, wo sie Anna Borg, CEO von Vattenfall, mit ihren Forderungen konfrontierten. Gleichzeitig verteilten Fridays For Future und Protect the Forest vor der Vattenfall-Hauptversammlung in Solna ein „Greenwashing-Bingo“, das Journalist*innen und Teilnehmende während der Vattenfall-Hauptversammlung nutzen konnten. Das Versprechen des staatlichen Unternehmens Vattenfall, innerhalb einer Generation frei von fossilen Brennstoffen zu

sein, ist ein Paradebeispiel für Greenwashing. „Fossilfrei zu sein bedeutet nichts, wenn es nicht zu einer Verringerung der Emissionen führt. Wir müssen sofort aus allen fossilen Brennstoffen aussteigen, aber wir können sie nicht durch andere zerstörerische Brennstoffe mit hohem Kohlenstoffgehalt ersetzen. Die Wissenschaft ist eindeutig: Wir müssen unsere Emissionen bei der Verbrennung verringern und gleichzeitig den Kohlenstoffbestand der Wälder erhöhen. Die Verbrennung von Waldbiomasse bewirkt das Gegenteil“, so Lina Burnelius von Protect the Forest Sweden. „Die Tatsache, dass ein staatliches Energieunternehmen bewusst und öffentlich unsere Zukunft opfert, ist absoluter Verrat“, sagte Greta Thunberg, Fridays for Future Sweden.

Aktivist*innen in ganz Europa forderten Vattenfall auf, seine Pläne für neue Holz-Bioenergie-Kapazitäten sofort zu stoppen, den Handel mit Holzpellets und Hackschnitzeln aufzugeben und die Verbrennung von Kohle, Gas und Biomasse schnellstmöglich einzustellen und durch emissionsfreie, erneuerbare Energie und Investitionen in Energieeinsparungen zu ersetzen.

In **Deutschland** plant Vattenfall, immer mehr Holz in Berliner Heizkraftwerken zu verbrennen. Die Menge des verbrannten Holzes soll von derzeit rund 100.000 Tonnen pro Jahr auf bis zu 1,6 Millionen Tonnen im Jahr 2030 steigen. Das ist eine Steigerung um 1.600 Prozent! „Verbrannt würde alles, was den Betreibern in die Hände fällt. Der größte Teil des Holzes kommt bereits direkt aus dem Wald, ein kleiner Teil stammt aus Kurzumtriebsplantagen, und in Zukunft würde auch etwas Altholz verbrannt werden. Dafür wird sowohl heimisches als auch importiertes Holz benötigt, denn in Deutschland wird das verfügbare Holz immer knapper, und die Wälder sind durch die Trockenheit der letzten Jahre bereits stark geschädigt. Eine verstärkte Konkurrenz mit der



Foto: NABU

Deutschland: Berlin

Holzwerkstoffindustrie um den Rohstoff Holz ist zu erwarten“, so Jana Ballenthien von ROBIN WOOD.

Im Jahr 2022 stoppte der Klimaminister in den **Niederlanden** unter großem Druck von Naturschützenden und Wissenschaftler*innen aus aller Welt alle neuen Biomasse-Subventionen. Vattenfall kümmerte sich nicht darum und drängte weiter auf Subventionen. Im Jahr 2023 annullierte das höchste niederländische Gericht die Umweltgenehmigung für Vattenfalls geplantes Biomassekraftwerk in Diemen bei Amsterdam. Dennoch beantragte Vattenfall erneut 400 Millionen Euro an Biomasse-Subventionen. Diesem Antrag wurde vom Minister heimlich stattgegeben, ein Jahr nachdem er ein Verbot ausgesprochen hatte. Das Comite Schone Lucht hat gegen diese Entscheidung Berufung eingelegt. „Vattenfall schweigt weiterhin zu seinen Subventionen und Biomasseplänen und weigert sich zu sagen, woher der Konzern das Holz beziehen will. Die behauptete Nachhaltigkeit der Biomasse ist daher völlig unüberprüfbar und irreführend“, so Fenna Swart, Comite Schone Lucht.

„Vattenfall brüstet sich damit, führend in der Energiewende zu sein, steigt aber viel zu langsam aus fossilen Brennstoffen aus. Das Unternehmen bindet Regionen in verschiedenen Ländern langfristig an die Fernwärme aus kohlenstoffreicher und umweltschädlicher Holzverbrennung“, sagt Almuth Ernsting von Biofuelwatch aus **Großbritannien**.



Tag des Baumes: Bündnis gegen Holzenergie

25. April 2024: Beim gemeinsamen Aktionstag des neu gegründeten Bündnisses „Ausgebrannt – Bündnis gegen die Verbrennung von Biomasse“ am „Internationalen Tag des Baumes“ wurden die Aktivist*innen an mehreren Standorten aktiv – darunter Berlin, Leipzig und Wilhelmshaven. Sie forderten, den Ausbau der Holzverbrennung zur Energieerzeugung zu stoppen und stattdessen Wälder zu schützen und wiederherzustellen.

Der Zustand des Waldes in Deutschland ist katastrophal und verschlechtert sich kontinuierlich – aktuell sind 79 Prozent aller Bäume geschädigt. Der Klimawandel und die daraus resultierenden Dürren, Stürme und Insektenkalamitäten reihen sich ein in jahrzehntelange schädliche Stickstoffeintragungen aus Landwirtschaft, Verkehr und Industrie sowie eine verfehlte Forstpolitik.

Trotz dieses schlechten Zustands steigern Politik und Wirtschaft den Druck auf den Wald. Sie fördern die Verbrennung von Holz als Energieträger und steigern somit die Nachfrage nach Holz. Dies führt zu einer erhöhten Entnahme von ökologisch wichtigem Totholz und käfergeschädigtem Holz, sowie zur Abholzung noch gesunder Bäume – sowohl im heimischen, als auch im ausländischen Wald.

Die zentralen Forderungen der im Bündnis zusammenschlossenen Umweltorganisationen lauten:

1. Keine Subventionen mehr für Holz(heiz)kraftwerke oder private Holzheizungen.
2. Ein Stopp der in Deutschland beginnenden (Mit-)Verbrennung von Holz in Kohlekraftwerken.
3. Eine bundesweite Aufklärung über die klimaschädlichen Folgen von industrieller Holzverbrennung, denn die Verbrennung von Waldbiomasse kann keinen Beitrag dazu leisten, dem Klimawandel wirksam zu begegnen.

Gründungsorganisationen des Bündnisses sind: NABU, Biofuelwatch, ROBIN WOOD, Naturwald Akademie, der BUND Hamburg, der BUND Cuxhaven, weitere lokale Klima- und Umweltorganisationen und engagierte Privatpersonen.



Verkehrswende statt Autokonzerne!

Grünheide, 8. Mai 2024: ROBIN WOOD-Aktivist*innen setzten mit einer Kletteraktion ein Zeichen für eine Abkehr von einer autofixierten Mobilitätspolitik. Zwei Aktivist*innen erklommen in Grünheide (Oder-Spree) Laternenmasten vor dem Tesla-Werk. Dort entrollten sie ein Banner mit der Aufschrift: „Verkehrswende statt Autokonzerne!“ Sie forderten von dem E-Auto-Produzenten und der Politik, die Ausbaupläne aufzugeben. Zeitgleich hatte Tesla die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz des Berliner Abgeordnetenhauses vor Ort zu Besuch.

Tesla lobt sich selbst für seine Nachhaltigkeit. Dabei verlieren gerade mehrere Hundert Tesla-Beschäftigte in Grünheide ihre Jobs. Und das ausgerechnet, während der Konzern sich vergrößern und noch mehr Fläche versiegeln will. Die Aktiven forderten von der anwesenden Berliner Landespolitik, sich klar gegen die Werkserweiterung zu positionieren und für den Schutz des Trinkwassers und des Waldes in der Region einzustehen!

Tesla plant den Ausbau seines schon jetzt gigantischen Werks, wobei die Gigafactory mitten in einem Trinkwasserschutzgebiet steht. Laut den jüngsten Ausbauplänen sollen

mindestens weitere 50 Hektar Wald gerodet werden. Trotz eines eindeutigen Votums der Bürger*innen in Grünheide gegen den Ausbau wurden die Pläne bislang nicht gestoppt. Die Anwohner*innen hatten mehrheitlich gegen eine Erweiterung des Werks gestimmt.

Kürzlich wurde außerdem bekannt, dass Tesla aufgrund der eingebrochenen Verkaufszahlen plant, 400 Jobs in Grünheide zu streichen. Von 300 Leiharbeiter*innen hatte sich das Unternehmen bereits zuvor getrennt. Da Tesla gewerkschaftliche Organisation und Tarifverträge behindert, sind die Beschäftigten in hohem Maße der Willkür der Führungsrige ausgeliefert.

Berlin, 10. Mai 2024: „Saubere Autos sind eine dreckige Lüge!“ – dieser Slogan prangte vor dem „Tesla-Store“ im Warenhaus „Mall of Berlin“ in Berlin-Mitte. Präsentiert hatten ihn dort ROBIN WOOD-Aktivist*innen. Sie stellten vor dem Gebäude außerdem ein Tripod auf, ein*e Kletter*in hängte sich in die Spitze des Dreibeins. Mit der Aktion unterstützten sie die vielfältigen Proteste für eine sozial-ökologische Mobilitätswende und gegen den Werksausbau des E-Auto-Produzenten im brandenburgischen Grünheide.

Autokonzerne und der Bundesverkehrsminister wollen uns glauben machen, dass eine Mobilitätswende durch eine bloße Antriebswende gelingt. Doch dieses Narrativ führt in die Irre. Denn immer mehr Autos bedeuten auch mehr Autobahnen, mehr Flächenversiegelung, mehr Unfälle, Lärm, Feinstaub, Ressourcenverschwendung und Raubbau an der Natur. So kann es nicht weitergehen. Angesichts der eskalierenden Klimakrise brauchen wir eine gesellschaftliche Kraftanstrengung für eine echte, sozial-ökologische Mobilitätswende mit attraktiven, umweltverträglichen Alternativen zum Auto.

Annika Fuchs, ROBIN WOOD-Mobilitätsreferentin



Fotos: ROBIN WOOD



Protest beim FDP-Parteitag

Berlin, 27. April 2024: „Klima nicht verfliegen, Verkehrswende jetzt!“. Ein Banner mit dieser Aufschrift entrollten ROBIN WOOD-Aktive an der Fassade des Veranstaltungsorts „STATION“ in Berlin-Kreuzberg. Dort traf sich die FDP zu ihrem Bundesparteitag. Mit dem Kletterprotest machten die Aktivist*innen ihren Unmut über das klimapolitische Versagen der Regierungspartei deutlich. Sie forderten wirksamen Klimaschutz im Verkehrssektor und Sofortmaßnahmen wie ein bundesweites Tempolimit und den Abbau klimaschädlicher Subventionen für Dienstwagen und Kerosin.

Seit ihrem Regierungsantritt vor mehr als zwei Jahren blockiert die FDP die Klimapolitik innerhalb der Ampelregierung. Jüngstes Beispiel: die Aufweichung der Sektorziele im Klimaschutzgesetz. Verkehrsminister Volker Wissing und FDP-Parteichef Christian Lindner haben offenbar keinerlei Interesse daran, die Lücke im Verkehrssektor zu schließen,

um die Klimaziele zu erreichen – eine Lücke von immerhin fast 13 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent. Stattdessen wollen sie die notwendige Reduktion auf andere abwälzen! Diese Politik ist verantwortungslos und lässt die Klimakrise weiter eskalieren.

Laut Umweltbundesamt könnte allein ein Tempolimit auf Autobahnen jährlich 2,6 Millionen Tonnen CO₂ einsparen. Eine Kerosinsteuer auf EU-Ebene war im Rahmen des „fit-for-55“ Programms ins Gespräch gebracht worden, eine Umsetzung ist bisher jedoch nicht in Sicht. Durch den Abbau klimaschädlicher Subventionen würden beispielsweise die finanziellen Anreize wegfallen, CO₂-emissionsintensive Fahrzeuge zu nutzen. Durch diese Maßnahmen würden außerdem finanzielle Spielräume für mehr Klimaschutz geschaffen. ROBIN WOOD fordert, die durch den Subventionsabbau frei werdenden Summen in die Schieneninfrastruktur zu investieren, um eine klimafreundliche und sozial gerechte Verkehrswende voranzubringen.

Während des FDP-Parteitags sollten die Mitglieder auch auf die anstehende Europawahl eingestimmt werden. Auch auf EU-Ebene gehört die FDP bislang zu den Bremsern im Bereich Klima, Umwelt und Naturschutz. Das ergibt ein Ranking der Umweltorganisation BUND. Sie hat das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten aller Parteien im EU-Parlament bei 30 Gesetzesvorhaben im Bereich Naturschutz, Klima und Umweltschutz der vergangenen fünf Jahre analysiert. Von den 14 vertretenen Parteien belegt die FDP dabei den drittletzten Platz.



Fotos: ROBIN WOOD

Annika Fuchs, ROBIN WOOD-Mobilitätsreferentin

Cyclistes Solidaires zu Besuch in Stuttgart

Jedes Jahr brechen die Cyclistes Solidaires, eine Gruppe französischer Student*innen aus Nancy, zu einer spannenden Radtour auf, um verschiedene Umweltschutzorganisationen kennenzulernen und zu unterstützen. Dieses Jahr radelten sie nach Stuttgart, um ROBIN WOOD und Bikebridge kennenzulernen. Eigentlich war für ihren Besuch nur ein einziger Tag vorgesehen, nämlich der 2. Juni. Dafür planten die Aktiven von ROBIN WOOD ein Schnupperklettern und



eine Nacht in Zelten, bevor die Cyclistes Solidaires am frühen Morgen des 3. Juni 2024 weiter Richtung Nürnberg radeln wollten.

Das war der Plan! Es kam aber alles anderes. Eine der mittlerweile regelmäßigen „Jahrhundertfluten“ traf Süddeutschland mit voller Wucht. Alles stand unter Wasser. Die Gruppe war in Stuttgart gestrandet, weil ihre weitere Route plötzlich Katastrophengebiet war. Am 2. Juni war wegen Starkregens an Schnupperklettern gar nicht zu denken. Doch aus dieser unerwarteten Wendung entstand eine einzigartige Gelegenheit: Wir verbrachten drei intensive Tage miteinander. Die Cyclistes Solidaires konnten sich ausführlich über ROBIN WOOD informieren. Nicht nur bei Gesprächen, sondern auch bei einem Vortrag mit Filmen und Fotos konnten sie mehr über unsere Aktionen erfahren. Außerdem besuchten wir zusammen im Württembergischen Kunstverein die Ausstellung Three Doors über rechtsradikale Gewalt und das Staatsversagen bzw. unaufgearbeitete Polizeigewalt.

Glücklicherweise gab es am 3. Juni dann ein kurzes trockenes Zeitfenster und so konnten wir doch noch das geplante Schnupperklettern organisieren. Hochmotiviert und vor allem hochkonzentriert waren alle 14 Student*innen nach ausführlicher Einweisung in Bodennähe letztendlich in der Krone einer Platane.

Die Stimmung war trotz des Wetters umwerfend gut. Der Besuch fand seinen krönenden Abschluss mit einem mitreißenden Auftritt der Studierenden bei der montäglichen Demonstration gegen Stuttgart 21 und bei einer Abschiedsparty in den Räumen der Bikekitchen.

Eberhard Linckh, ROBIN WOOD-Stuttgart



*Französische Student*innen radeln jedes Jahr zu neuen Begegnungen mit Umweltschutzorganisationen – dieses Jahr zu ROBIN WOOD nach Stuttgart, wo Schnupperklettern auf dem Programm stand*

Fotos: ROBIN WOOD/Eberhard Linckh



Grußwort der Cyclistes Solidaires

Porsche – Hände weg vom Bosco d'Arneo!

Wolfsburg, 29. Mai 2024: 200 Hektar Eichenwald sollen im italienischen Apulien für den Ausbau einer Auto-Teststrecke weichen. Diese Rennstrecke gehört Porsche, eine Marke des Konzerns Volkswagen. Vor Ort engagiert sich die Initiative Costodi del Bosco d'Arneo gegen diese Waldrodung. Aktive von ROBIN WOOD unterstützen diesen Protest auch hier in Deutschland. So war die Regionalgruppe Hamburg-Lüneburg am 29. Mai in Wolfsburg beim Stammsitz des VW-Konzerns. Während der Hauptversammlung der VW Aktiengesellschaft fanden viele kreative Aktionen unterschiedlicher Gruppen aus der Region statt – und ROBIN WOOD war dabei.

Morgendliche Anreise, kurze Besprechung, auch Masken mit Gesichtern der VW-Vorstände wurden noch schnell gebastelt – und dann ging es schon los. Begleitet von einem Kamerateam des Aktionstags sowie einer taz-Journalistin, präsentierten die Aktiven das Banner – mit ein bisschen Rauch machten die entstehenden Bilder gleich ganz schön was her! Die Aktiven stehen ein für den Erhalt Jahrhunderte alter Wälder, denn diese sind ein wichtiger Anker im Kampf gegen den Klimawandel. Gerade Porsche-Sportwagen sind für die Aktivist*innen kein Grund für die Zerstörung von



Aktive protestierten in Stuttgart und hier in Wolfsburg gegen den Kahlschlag für eine Porsche-Rennstrecke (s. auch Seite 6)

Wäldern – im Gegenteil: Die Zukunft nachhaltiger Mobilität sieht anders aus. Statt immer mehr Flächen für klimaschädliche Pkw zu versiegeln, sollte eine breite Debatte über einen konsequenten sozial-ökologischen Umbau der Autoindustrie geführt werden! Deshalb lautete die Forderung der ROBIN WOOD-Aktiven in Wolfsburg: Des Bauprojekts in Apulien muss endgültig gestoppt werden!

Annika Fuchs, ROBIN WOOD-Mobilitätsreferentin

Wir wehren uns gegen Kahlschlag in der Berliner Wuhlheide!

Eine einzigartige Oase, tiefes Unterholz, geschützte Biotop und Freizeitort der Hauptstadt: In Berlin wird aktuell um die Wuhlheide, ein Naherholungsgebiet im Osten der Stadt, gekämpft. Dort, wo die Großstädter am Wochenende auf 370 Hektar Waldfläche frische Luft tanken können, soll eine vierspurige Schnellstraße gebaut werden: Die Tangentialverbindung Ost (TVO). Die Landespolitik versucht den Bau möglichst schnell voranzutreiben. Klima- und Umweltschützer*innen bringen sich dagegen in Stellung, um diesem veralteten Projekt nun hoffentlich den Todesstoß zu versetzen.

Das Streitobjekt: Die Wuhlheide und die TVO

Die TVO, eine Planung aus den 1970er Jahre im Sinne der damals angestrebten „autogerechten“ Stadt, soll im Berliner Osten eine Schnellstraße vom nördlichen Berliner Ring kommend an die Autobahnen am Flughafen BER anbinden. Zuvor war eine S-Bahn-Verbindung parallel zur Straße Teil der Planung. Diese ist dem politischen Willen der Regierenden zum Opfer gefallen und taucht in der Planung nur noch für eine ferne Zukunft auf. Allein eine 7,2 Kilometer lange vierspurige Straße wird noch geplant, auf der Tempo 50



gelten soll. Das Projekt würde etwa 35 Hektar Fläche und 16 Hektar Wald beanspruchen und laut aktuellen Planungen mindestens 351 Millionen Euro kosten. Die dafür notwendigen Rodungen in der Wuhlheide wären dabei die stärksten Abholzungen in Berlin seit Ende des zweiten Weltkriegs. Dafür läuft aktuell das Planfeststellungsverfahren, das den genauen Straßenverlauf festlegen soll, sodass das Projekt

momentan politisch noch in der Vorbereitung ist und daher auch noch verhindert werden kann.

Der politische Gegner: Die Berliner Senatsverwaltung

Die Berliner Senatsverwaltung, nun unter schwarz-roter Führung, treibt eine Asphaltwüstenplanung voran, vermeintlich im Interesse der Anwohner*innen in Biesdorf und Köpenick. Dort haben einige die Hoffnung, die umliegenden Wohngebiete würden eine Verkehrsentlastung erfahren, außerdem würde der Flughafen BER besser angebunden. Doch Studien belegen immer wieder, dass neue Straßen mehr Verkehr hervorrufen. Für die Anwohnenden heißt das: Statt einer Verkehrsentlastung drohen zukünftig Schwerlastverkehre über die TVO direkt vor der Haustür. Denn für LKW wird die TVO eine mautfreie Alternative zum Berliner Autobahnring Ost. Senatorin Ute Bonde plant momentan, mit dem Bauprojekt 2026 zu beginnen.

Die Allianz: Das Bündnis Schiene vor TVO

Ebenso wie die Pläne zum Bau der TVO schon einige Jahre auf dem Buckel haben, gab es auch bereits früher Proteste gegen die Zerstörung der Wuhlheide. Zuletzt besetzten Aktivist*innen im vergangenen Jahr als „Wuhli bleibt“ den Wald und brachten so das Thema auf die Agenda. Die Bürger*innen-Initiative Wuhlheide setzt sich mit Protestaktionen und einer Petition für den Erhalt der Wuhlheide ein, die Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz arbeitet zu dem Thema und auch ROBIN WOOD war dieses Jahr bereits gegen die TVO aktiv.

Um diese verschiedenen Ansätze zu bündeln und alle Akteur*innen an einen Tisch zu bringen, hat sich im Mai 2024 nun das Bündnis „Schiene vor TVO“ gegründet. Teil des Bündnis sind neben Umweltschutzverbänden auch Organi-

sationen wie der Fahrgastverband PRO BAHN Berlin/Brandenburg. All diese Initiativen legen nun Einspruch gegen das Planfeststellungsverfahren ein und kämpfen für den Wuhlheidewald, die S-Bahn-Tangente und gegen die Schnellstraße.

Die Hauptforderungen des Bündnisses sind erstens ein Planungsstopp der aktuellen Straßenplanung, da diese zu mehr Autoverkehr führt und dem Berliner Klimaschutzgesetz entgegensteht. Zweitens muss der Schienenausbau Vorrang vor Straßenausbau haben, daher braucht es einen Neustart der Planung, der dem öffentlichen Nahverkehr Vorrang einräumt!

Wie geht es weiter?

Wie der Kampf ausgehen wird, ist aktuell noch nicht abzusehen. Bis Anfang Juli gab es die Möglichkeit, Einwendungen gegen den Bebauungsplan einzulegen, anschließend werden die Einwendungen beantwortet und das Planfeststellungsverfahren weitergeführt. Die Allianz hat jedoch noch einige Asse im Ärmel: Neben der kletterbegeisterten ROBIN WOOD-Regionalgruppe bereiten sich einige Bündnisakteur*innen bereits auf eine Klage vor. Strategisch ist für uns klar: Die Verhinderung der Straßen-TVO hat oberste Priorität. Ein neuer Planungsprozess muss dann zeigen, ob für die Verkehrswende in Berlin ein zweiter Bahndamm für die S-Bahn neben der Fernbahnstrecke in der Wuhlheide notwendig ist – und wie dieser möglichst umweltverträglich realisiert werden kann.

Wir bleiben dran für den Schutz der Berliner Wuhlheide, denn am Ende wird die Klimakrise auch im Verkehrssektor entschieden. Es wird also ein spannender Herbst!

Annika Fuchs, Mobilitätsreferentin bei ROBIN WOOD

Nein zur TVO: ROBIN WOOD stellt sich mit dem Bündnis „Schiene vor TVO“ gegen antiquierte Straßenneubaupläne in Berlin



Foto: ROBIN WOOD/Christina Albrecht

Aktive in Aktion

Die Aktiven von ROBIN WOOD stehen und klettern für eine Zukunft, die auch kommenden Generationen ein gutes Leben auf diesem Planeten ermöglicht. Wir möchten Ihnen an dieser Stelle in lockerer Folge einige Aktivist*innen von ROBIN WOOD vorstellen. Sie sind ehrenamtlich für die Umwelt aktiv. Christina engagiert sich in der Berliner Regionalgruppe.

Ich bin Christina (44) aus Berlin und mittlerweile in der dritten Regionalgruppe des Vereins aktiv. Während des Studiums bin ich bei ROBIN WOOD in Braunschweig eingestiegen. Damals haben wir den Asse-II-Koordinationskreis mitbegründet und lange Jahre begleitet. Wir kannten jede winzige politische Wendung und alle öffentlichen Details des Bergwerkes. Und natürlich haben wir es uns nicht nehmen lassen, den Förderschacht mehrfach mit unseren politischen Parolen zu zieren. Kernaussage: „Auslaufmodell Asse!“ Der Spruch hat leider bis heute nichts an Aktualität eingebüßt.



Christina engagiert sich seit Jahren für das Abschalten der AKW

Später bin ich auch in Stuttgart der Auseinandersetzung gegen Atomkraft treu geblieben. Dort haben wir für die Abschaltung des AKW Neckarwestheim gestritten – und waren am Ende erfolgreich. Aber auch die Verschiffung und anschließende Einlagerung von verstrahltem Müll aus Obrigheim im Zwischenlager von Neckarwestheim haben wir nicht unkommentiert gelassen. Mit zahlreichen Aktionen in und auf dem Wasser des Neckars haben wir dagegen protestiert. Das war unglaublich kräftezehrend, zählt aber auch zu meinen tollsten Erinnerungen im Zusammenhang mit der Vereinsarbeit.

Und jetzt? Widme ich mich der Verkehrswende in Berlin. Seit dem letzten Regierungswechsel läuft das in die völlig falsche Richtung und wir haben jede Menge zu tun, um uns dem Weiterbau der A100 und der geplanten Schnellstraße durch die Wuhlheide (TVO) entgegenzustellen. Wir wollen stattdessen mehr funktionierenden ÖPNV und natürlich ein gutes Radwegenetz.

Christina Albrecht, ROBIN WOOD-Gruppe Berlin



Berlin, 27. April 2024: Mit riesigen silbernen Würfeln protestierten Aktive der Bürgerinitiative Wuhlheide und von ROBIN WOOD vor der Senatsverwaltung für Bauen und Wohnen in Berlin gegen den Bau einer vierspurigen Straße durch den Wald der Wuhlheide

Sei dabei! – Aktiv werden bei ROBIN WOOD

Darum geht's: Wir mischen uns mit kreativen Aktionen und klaren Forderungen in politische Debatten ein und streiten für eine umweltfreundliche, klimagerechte und solidarische Gesellschaft. Unsere Schwerpunkte liegen in den Bereichen Wald, Tropenwald, Energie und Mobilität.

ROBIN WOOD-Aktive gibt es in ganz Deutschland! Einige von ihnen sind in Regionalgruppen organisiert, andere mischen bundesweit mit. Das Büro in Hamburg unterstützt die Aktiven bei fachlichen Fragen, Recherche, Aktionsvorbereitung und Pressearbeit und übernimmt Verwaltungsaufgaben. Über die wichtigen Anliegen des Vereins entscheiden die ehrenamtlich Aktiven basisdemokratisch.

Für alle gibt es Platz bei ROBIN WOOD! Unabhängig vom Alter oder von der Erfahrung – wir freuen uns über alle neuen Menschen. Egal, ob in spektakulären und bildstarken Aktionen, in inhaltlicher Facharbeit zu unseren Themen oder hinter den Kulissen als Unterstützer*in – es gibt viele Möglichkeiten, wie du dich bei uns einbringen kannst.

Melde dich gerne bei unserer Aktivenunterstützerin Clara Tempel: clara.tempel@robinwood.de
Mehr Informationen über ROBIN WOOD findest du online unter www.robinwood.de





SOJA GRILLT ZUKUNFT



Foto: ROBIN WOOD/Knut Hildebrandt

Soja: kleine Bohne – große Zerstörung

Machen Sie mit bei unserer Petition! Wir möchten erreichen, dass die Zerstörung von Ökosystemen für Soja gesetzlich gestoppt wird

Tofu oder Schweineschnitzel? Wo landet das Soja, das weltweit geerntet wird? Und welche Folgen hat dies für Klima, Menschenrechte, Tierwohl und Gesundheit? Unter dem Motto „Soja grillt Zukunft“ hat ROBIN WOOD eine Petition gestartet, um die Umweltzerstörung für den Sojaanbau in Südamerika zu stoppen und den Anbau von regionalen Hülsenfrüchten für den direkten Verzehr zu stärken.

werden inzwischen auf einer Fläche, die mehr als 3,5-mal so groß ist wie Deutschland, Sojabohnen angebaut.

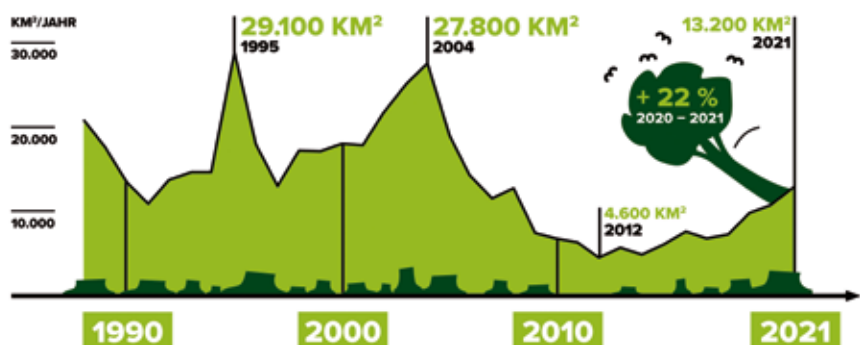
Die industrialisierte Fleischproduktion ist abhängig von Soja. Inmitten der Klimakrise und einem dramatischem Artensterben treibt der weltweite Ver-

brauch von eiweißhaltigen Sojabohnen als Futtermittel Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen voran. Noch nehmen die Sojabohnen einen doppelten Umweg: Als erstes reisen sie über 10.000 Kilometer aus Südamerika bis nach Deutschland. Dort landen sie im Futtertrog und nehmen einen

Soja, soweit das Auge reicht. Wo sich jetzt öde Monokulturen erstrecken und Pestizide die Umwelt vergiften, standen noch vor kurzem Urwaldriesen, lebten unzählige Tier- und Pflanzenarten und hatten Menschen ein Zuhause.

Durch den Flächenfraß der Sojabohne verschwinden neben tropischen Regenwäldern auch artenreiche Trockenwälder, Savannen und Feuchtgebiete. In den vergangenen 50 Jahren hat sich der Anbau mehr als verzehnfacht. Weltweit

DIE ENTWALDUNG DES AMAZONAS



Infografik © Land schafft Leben 2022
in Quadratkilometer pro Jahr; Quelle: Instituto Nacional de Pesquisas Espaciais (INPE); jährlich gerodete Waldfläche im brasilianischen Amazonasgebiet



zweiten Umweg durch den Tiermagen, bevor sie auf unserem Teller landen. Diese Umwege sind klimaschädlich und verschwenderisch. Deshalb wollen wir sie stoppen. Denn Soja kann genau wie andere Hülsenfrüchte regional in Deutschland angebaut werden und bietet – direkt verzehrt – eine eiweißreiche Alternative zum Fleisch.

Die Eiweißpflanzenstrategie der Bundesregierung, Sojaimporte zu reduzieren und den regionalen Anbau von Eiweißpflanzen zu stärken, klingt gut. In der Praxis fehlt es jedoch an Unterstützung beim Aufbau von Vermarktungswegen für Erbsen, Bohnen und Co. Eine europäische Eiweißstrategie soll erst in den kommenden Jahren abgestimmt werden. Weltweit gibt es für eine zukunftsfähige Landwirtschaft nur eine Chance: Weg vom Fleischhunger und von anonymen Massenwaren! Freiwillige Selbstverpflichtungen und internationale Abkommen machen Unternehmen nicht haftbar. Staaten bleiben weit hinter ihren Zielvereinbarungen zurück. Es braucht deshalb verbindliche Gesetze, deren Durchsetzung kontrolliert wird und einklagbar ist! Die EU-Verordnung gegen globale Entwaldung ist ein Meilenstein auf

dem Weg zu transparenten, legalen und entwaldungsfreien Lieferketten! Doch es braucht Nachbesserungen, sodass z.B. auch Ökosysteme wie Savannen vor Zerstörung geschützt werden, die nicht der Wald-Definition entsprechen. Genauso wichtig und sehr akut: Die konsequente Umsetzung der Verordnung!

Was Sie tun können

- Unterzeichnen Sie unsere Petition. Tragen Sie dazu bei, dass die Zerstörung und Degradierung von Wäldern und anderen Ökosystemen für Soja gesetzlich verhindert wird.
- Werden Sie politisch aktiv für eine sozial-ökologische Agrarwende! Informieren und mobilisieren Sie Ihre Freund*innen.
- Setzen Sie auf eine pflanzenbasierte Ernährungsform und lassen Sie die regional angebauten Hülsenfrüchte dabei groß herauskommen.

Mit Floß und Rad dem Soja entgegen

Knapp sechs Millionen Tonnen Soja importiert Deutschland jedes Jahr. Rund ein Drittel kommt am wichtigsten Sojahafen nördlich von Bremen, in Brake an. Vom Hochseeschiff umgeladen schippern große Soja-Mengen weiter auf den Wasserstraßen zu den Futtermittelwerken am Mittellandkanal.



Foto: ROBIN WOOD

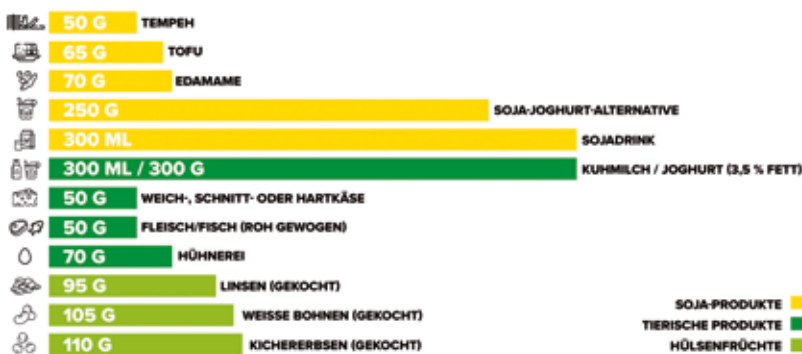
Vom 26. Juni bis 11. August 2024 hat ROBIN WOOD gemeinsam mit Aktion Agrar eine Floß- und Fahrradtour organisiert, um dem Soja entgegen zu fahren. Während der Tour gab es Treffen mit Menschen, die bereits heute zeigen, dass es auch ohne Sojaimporte geht. Die Tour-Teilnehmer*innen besichtigten Höfe und probierten leckere Eiweißpflanzen. Über Infostände und bei Aktionen setzte sich die Tour für den Tropenwald, die Artenvielfalt, die Bauernhöfe und die Eiweißwende ein. Zu Wasser und an Land wollten die Aktiven deutlich machen, dass die massenhaften Futtermittelimporte ein Ende haben müssen, weil sie auf Kosten von Umwelt, Menschen und Tieren gehen,

ROBIN WOOD fordert

- Eine gesamteuropäische Eiweißstrategie für faire Hülsenfrüchte ohne Umwege einführen.
- Die EU-Verordnung gegen globale Entwaldung konsequent umsetzen und nachschärfen.
- Die Tierproduktion drastisch reduzieren!

Fenna Otten, ROBIN WOOD-Tropenwaldreferentin, tropenwald@robinwood.de

RUND 10 GRAMM EIWEISS STECKEN IN ...



Infografik © Länd schafft Leben 2022
 Quellen: Elmadfa et al. (2020); Die große GU Nährwert Kalorien Tabelle; Hartmann BM et al. (2022); Bundeslebensmittelschlüssel BLS 3.02 [Dataset]; Max Rubner Institut, Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel, Karlsruhe; Abgerufen von <https://www.eurostat.ec.europa.eu/de/databrowser>; Dato Denkwerkzeuge (2022); ÖNWT – Österreichische Nährwerttabelle [Dataset]; Abgerufen von <https://www.eurostat.ec.europa.eu/de/databrowser>; Dörner et al. (2015); Nahrungsmittelkategorien und Nährstoffe.

Bestellen Sie auch unsere Flyer und Sticker zum Thema unter info@robinwood.de

Einblicke in die Sojapolitik von Berlin und Brüssel:

Hunger auf Eiweiß

Wie ist es möglich, dass der weltweite Sojabedarf noch immer weiter steigt? Sinkt in Deutschland der Fleischkonsum nicht endlich? Tatsächlich passiert da etwas, vor allem etwas weniger Schweinefleisch landet auf den Tellern. Trotzdem gilt: Bei Geflügel stieg der Konsum in den letzten zehn Jahren um zwei Kilogramm auf 13,1 kg pro Kopf und Jahr. Und weltweit hat die Fleischproduktion im gleichen Zeitraum um stattliche 50 Prozent massiv zugenommen.

In unserem reichen Land ist zugleich eine andere Entwicklung zu beobachten: ein Eiweißhype ist ausgebrochen. Wir essen im Schnitt doppelt so viel Protein, wie die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) als gesund und notwendig empfiehlt. Investoren jubeln: Gesundheits- und sportbegeisterte Menschen füttern in Europa jedes Jahr noch einmal fünf Prozent mehr Eiweißriegel. Ein großer Teil stammt aus den Maschinen besonders großer Süßwaren- und Lebensmittelkonzerne. Damit kommen wir schon wieder zum Soja. Denn auch vor der Herstellung eines Eiweißriegels steht die Produktion des begehrten Proteins. Es stammt teilweise aus Soja, Nüssen oder Erbsen, zu einem großen Teil aber aus Ei- oder Milcheiweiß. Damit schließt sich der Kreis zu den Eiweißfuttermitteln. Denn ohne Protein im Futter gibt es weder starke Tiermuskeln, die als Fleisch, reißenden Absatz finden, noch Milch oder Eier.

Importiertes Soja schadet Klima, Artenvielfalt und Menschenrechten. Das ist seit langem so offensichtlich, dass auch die Politik nicht länger darüber hinwegsehen konnte. Regierungen ringen um politische Konzepte, den Import von Eiweißfuttermitteln zu reduzieren. Zunehmend thematisieren sie auch, dass es sich lohnen würde, das Eiweiß auf den Tellern der Menschen zu einem größeren Teil direkt aus Pflanzen zu gewinnen.

Die Eiweißpflanzenstrategie in Deutschland

In Deutschland gibt es schon seit 2012 die sogenannte Eiweißpflanzenstrategie. Gute Nachricht: Seitdem hat sich der Anbau von Eiweißpflanzen in Deutschland fast verdreifacht. Es gibt verschiedene Fördermittel für den Anbau, für die Züchtung und die Entwicklung von Produkten.

Das Agrarministerium spricht allerdings von einer weiterhin bestehenden „Eiweißlücke“ von 18 Prozent – so viel Eiweiß für die Futtertröge musste 2021, vor allem in Form von Sojabohnen aus Brasilien und den USA, importiert werden. Diese Lücke soll die Strategie reduzieren, tut sie aber nicht.

Eine Tücke mit der Lücke: Die Turbohühner, die heute in den Mega-Mastställen von PHW/Wiesenhof oder Rothkötter in kürzester Zeit Fleisch ansetzen sollen, sind regelrecht auf südamerikanisches Soja getrimmt. Sie entwickeln sich nur dann so rasant, wie es der Katalog der Zuchtkonzerne verspricht, wenn sie einen großen Anteil Import-Soja im Futter bekommen. Denn deren Eiweißzusammensetzung

scheint dafür perfekt. Es ist eine Gewichtszunahme, die ihnen an die Gesundheit geht und gequälte Kreaturen garantiert.

Chronisch an der Eiweißfutter-Zufuhr hängen auch Hochleistungsmilchkühe: Als Wiederkäuer sind sie eigentlich großartig darin, in aller Ruhe Grünzeug zu mampfen und ihm Nährstoffe zu entlocken, an die kein Mensch herankäme. Aber da sie inzwischen genetisch dazu gezwungen sind, bis zu 12.000 Liter Milch pro Jahr zu geben, müssen sie ständig Kraftfutter dazu bekommen. Dabei ruiniert ihnen die Milchproduktion viel zu früh die Gelenke und die Euter. Ihre Lebenserwartung ist gegenüber ihren Vorfahren und weniger Milch gebenden verwandten Artgenossen massiv gesunken. Es müsste bei ihnen kein Soja aus der Ferne sein, aber es findet sich trotzdem in der Mehrzahl ihrer Futtertröge.

In der deutschen Eiweißpflanzenstrategie stehen viele richtige Dinge. Sie unterstreicht unter anderem, dass der Anbau von Leguminosen für die Fruchtfolge auf dem Acker wichtig ist. Leguminosen sind Hülsenfrüchtler,



Obwohl Kühe bestens ohne Soja auskommen, findet sich dieses Eiweißfutter häufig in ihren Futtertrögen



uns allen bekannt als Erbsen, Bohnen (inklusive Soja) oder Linsen, aber auch Klee oder Luzerne (kleinsamige Leguminosen) gehören dazu. Die Hülsenfrüchtler können eine Symbiose mit Bodenbakterien eingehen und dann anders als andere Pflanzen Stickstoff aus der Luft binden. So können sie Energie für ihr eigenes Wachstum ohne künstlichen Dünger heranschaffen und oft auch für Nachfolgekulturen den Boden aufwerten.

Leguminosen tun also dem Boden gut, sparen Energie für Kunstdünger und liefern leckere eiweißhaltige Körner für Mensch und Tier. In der Landwirtschaft spielen auch die kleinsamigen Leguminosen eine wichtige Rolle, die nicht auf unseren Tellern landen wie zum Beispiel Klee. Dieser kann im Gemenge mit Gras viele Tiere sättigen und ist eine echte Alternativen zu Importsoja.

Die Ampel in Berlin hatte sich schon im Koalitionsvertrag vorgenommen, die Eiweißpflanzenstrategie weiter zu



Fotos: Aktion Agrar

Eine Vielfalt an Leguminosen auf unseren Äckern machen Menschen und Tiere satt und sind eine Alternativen zu Importsoja

entwickeln und veröffentlichte jetzt ein Paket an Förderungen für mehr Soja, Kichererbse, Bohne und Co. Gut daran: Sie sollen Eiweißpflanzen für den direkten menschlichen Verzehr in den Fokus nehmen. Aber die Förderungen haben an den Haushaltseinsparungen gelitten.

In der Praxis gibt es häufig Probleme. So stellen Landwirt:innen fest, dass sie ihre selbst angebaute Bohnen oder Erbsen nur schwer verkaufen können. Und zwar sowohl, wenn sie konventionell anbauen als auch, wenn sie es ökologisch tun. Bund und Länder müssen mehr für den Aufbau regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen tun. Gleichzeitig gilt: Billigimporte passen zu Globalisierungsstrategien und sogenannten Freihandelsabkommen. Aber nicht zu einer enkeltauglichen Landwirtschaft. Auch innerhalb Europas macht Soja aus Rumänien oder der Ukraine dem in Deutschland angebaute harte Konkurrenz.

Aktion Agrar und ROBIN WOOD demonstrierten deshalb Anfang August 2024 gemeinsam mit dem Floß und vielen Fahrrädern für eine echte Agrar- und Ernährungswende. Die Leguminosen und faire Preise gehören dazu. Weniger Fleischkonsum, weniger Milch und Eier und eine Ernährung der Tiere mit Futter vom eigenen Hof sind weitere Bausteine. Wir kommen nicht um eine offene Diskussion darüber herum, wie es gelingen kann, den Landwirt:innen Planungssicherheit und gute Perspektiven zu geben.

Die EU und die Eiweißstrategie

Vor ein paar Jahren hatte die EU-Kommission noch verkündet, dass es nicht nötig sei, auf EU-Ebene eine Eiweißstrategie zu entwickeln. Im letzten Jahr forderte das EU-Parlament dann aber, dass die Kommission hier ihre Hausaufgaben machen müsse. Zum einen, um Klimaschutz und Artenvielfalt zu fördern. Zum anderen, um mehr Unabhängigkeit von Billigimporten aus Russland oder China zu gewinnen. Das Parlament forderte mehr Weidewirtschaft, mehr regionales Futter, mehr



Aktion Agrar und ROBIN WOOD sind für eine echte Agrarwende aktiv. Unterstützen Sie bitte unsere Petition, die diesem Magazin beiliegt

Eiweißpflanzen auf den Feldern und auch mehr Nutzung von Insekten als Eiweißquelle. Streit gab es um die Frage, ob für den Eiweißgewinn auch Gentechnik zum Einsatz kommen soll. Dieser Punkt und wie es überhaupt mit der Eiweißstrategie in Brüssel weitergehen soll, wird in den nächsten Monaten auf die Tagesordnung kommen. Es gibt neue Mehrheiten in Brüssel, die nicht gerade auf Klimaschutz und Menschenrechte schauen. Umso wichtiger wird der zivilgesellschaftliche Druck.

Eine gute Eiweißstrategie, die den Fokus darauf legt, den Anbau von Eiweißpflanzen direkt für die menschliche Ernährung zu fördern, die auf Gentechnik auf den Feldern verzichtet und den Fleischriesen die rote Karte zeigt, wäre zukunftsfähig. Auch dafür schipperten wir auf dem Mittelkanal entlang, dem Schauplatz täglicher Soja-Transporte.

Eiweiß ist ein wichtiger Bestandteil unserer Nahrung. Wer sich ausgewogen ernährt, bekommt davon genug auf den Teller. Fitness- und Gesundheitstrends heizen den Hunger nach Eiweiß immer wieder an. Es ist zynisch, dass wir damit längst übertreiben, während die versprochenen Vorteile nicht eintreten – aber die Nachteile weder auf den Packungen noch in der öffentlichen Diskussion eine Rolle spielen. Gerade die Extradosis Protein, die auf tierischen Produkten basiert, hat doch etwas zu tun mit einer Extradosis Klimakrise und Zerstörung.

Jutta Sundermann, Aktion Agrar

Soja grillt Zukunft: Die zwei Gesichter einer kleinen Bohne

Mit diesem vieldeutigen Slogan „Soja grillt Zukunft“ startete ROBIN WOOD unsere Tropenwald-Kampagne 2024. Wir versorgen Sie mit viel Informationen rund um die kleine Bohne.

In den vergangenen 50 Jahren hat sich ihr Anbau mehr als verzehnfacht. Über 80 Prozent der weltweiten Sojaernte landen als Tierfuttermittel in den Trögen der Agrarfabriken. Immer mehr Anbaufläche wird nötig, weil die Nachfrage nach Billig-Soja steigt. Das hat katastrophale Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen zur Folge. So grillt Soja inmitten der Klimakrise und des Artensterbens unsere Zukunft.

Doch Soja ist sehr vielfältig, und es würde viel zu kurz greifen, die Bohne zu verteufeln. Nicht nur, dass der Anbau von Soja auch in Deutschland ohne weiteres möglich wäre. Soja direkt verzehrt, ist eine eiweißreiche Alternative zum Fleisch.

Warum also nicht die Grillsaison mit herrlichen Soja-Bratwürstchen und Soja-Grillspießen starten? Fleischersatzprodukte können unseren Speiseplan in Zukunft bereichern. Und die kleine Bohne würde ohne Umwege in unseren Mägen landen.



Soja ist vielseitig. Die beliebte Spaghettibolognese mit Sojaschnetzen statt Hack hat sich bereits in vielen Küchen durchgesetzt. Ob als Vorspeise, Hauptgang oder Nachtisch, Soja geht immer. Auf Sojabasis gibt es herrlichen Tofu: geräuchert, mariniert, fest und seidig, mit Sesam oder natur. Kochexperimenten sind keine Grenzen gesetzt.

Andrea Zander, ROBIN WOOD-Hamburg

Rezeptvorschlag: Mousse au ROBIN WOOD

Wir möchten Ihnen in diesem Magazin die Lieblingsnachspeise des ROBIN WOOD-Teams ans Herz legen. Wir freuen uns über Nachahmung oder Rezeptvorschläge, für Gerichte, die Sie aus Soja zaubern, gerne an magazin@robinwood.de.

Für 6 Portionen brauchen Sie lediglich diese Zutaten:

- 100 g dunkle vegane Schokolade (unser Tipp: Sparen Sie nicht an der falschen Stelle, die Schokolade sollte wirklich gut sein!)
- 400 g Seidentofu
- 30 ml Ahornsirup
- 1 EL Mandelmus für alle, die es cremig mögen

Los geht's:

1. Vegane Schokolade im Wasserbad schmelzen
2. Seidentofu abtropfen lassen und mit Hilfe eines Mixers cremig schlagen
3. Flüssige Schokolade und Ahornsirup (mit Mandelmus) dazugeben
4. Alles auf höchster Stufe cremig schlagen und in 6 Schalen füllen (wir nehmen kleine Weckgläser)
5. Mindestens 25 Minuten kühl stellen. Soll angeblich drei Tage halten – bei uns nie



Foto: iStock/Lubinka75

Guten Appetit wünscht Ihnen Ihr ROBIN WOOD-Team!

Gesetz gegen globale Entwaldung

Es hat viele Namen, das Gesetz gegen globale Entwaldung. Abgekürzt als EUDR (engl. EU Deforestation Regulation) soll es die Entwaldung bekämpfen, die Europa weltweit Jahr um Jahr verursacht. Mit großer Mehrheit wurde das Gesetz im Sommer letzten Jahres von der EU verabschiedet, ein riesiger Erfolg! Warum beschäftigt das Gesetz uns immer noch, und warum steht es als eine der beiden zentralen Forderungen in unserer Petition?

Mit Inkrafttreten des Gesetzes am 29. Juni 2023 wurde gleichzeitig eine Frist gesetzt – tatsächlich mehrere verschiedene Fristen. Die Mitgliedstaaten der EU hatten z.B. sechs Monate Zeit, Behörden zu benennen und anschließend mit entsprechenden Ressourcen auszustatten, um die Einhaltung der EUDR kontrollieren zu können. Die EU-Kommission hatte ein Jahr Zeit um zu prüfen, ob nicht nur Wälder, sondern auch sonstige bewaldete Flächen durch das Gesetz geschützt werden sollten – diese Frist hat die Kommission jedoch nicht eingehalten. Sie hat noch ein weiteres Jahr Zeit, um bewerten, ob weitere gefährdete Ökosysteme,

wie z.B. Torf- und Feuchtgebiete, aufgenommen werden sollten. Denn landwirtschaftliche Flächen breitet sich immer weiter aus für unseren nicht enden wollenden Rohstoff-Hunger.

Die Übergangsfrist bis zur Anwendung des Gesetzes gegen die globale Entwaldung, bis Behörden also beginnen würden Unternehmen zu kontrollieren, beträgt 18 Monate (Klein- und Kleinstbetriebe haben noch weitere sechs Monate Zeit). Und diese Frist läuft zum Ende diesen Jahres aus. Es wird also ernst. Doch je näher diese Frist rückt, desto lauter werden die Stimmen, die sich gegen das Gesetz wenden. Es sei ein Papiertiger, ein bürokratisches Monsterwerk! Es würde kleine Unternehmen vom Markt verdrängen, zu hohe Anforderungen an Kleinwaldbesitzer der EU stellen und der kleinbäuerlichen Landwirtschaft im Globalen Südens schaden. Einige Unternehmensverbände und Politiker*innen fordern nun, die Umsetzungsfrist zu verlängern.

Das Gesetz stellt definitiv eine große Herausforderung dar – doch wir sollten nicht vergessen, dass es eine unglaub-

lich große Chance bietet, globale Lieferketten transparent, legal und entwaldungsfrei zu machen. Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, warum wir Jahre dafür gestritten haben: Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen müssen ein Ende haben! Viele Unternehmen erkennen ihre Verantwortung an, befürworten die Entwaldungsverordnung und haben bereits vor Inkrafttreten investiert, um ihre Lieferketten entwaldungsfrei zu gestalten. Auch Produzent:innen und Produktionsländer arbeiten bereits intensiv daran, Entwaldung an den Produktionsorten zu vermeiden, ihre Lieferketten transparent zu gestalten und somit die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung der Verordnung zu erfüllen. Die Bedingungen, um einen Entwaldungsstopp für den EU-Handel mit waldkritischen Rohstoffen zu erreichen, werden also mit hohem Tempo geschaffen.

Den Anwendungszeitpunkt der Verordnung zum jetzigen Zeitpunkt zu verschieben, würde diese notwendige Entwicklung erneut ausbremsen, fortschreitende Entwaldung in Kauf nehmen und die Umwandlung von stark gefährdeten Waldökosystemen, wie dem Amazonas oder den Savannenwäldern im Cerrado, in Agrarflächen vorantreiben. Eine Verschiebung würde zudem Unternehmen benachteiligen, die sich bereits auf die EUDR vorbereitet haben und ein fristgerechtes Inkrafttreten der EUDR wollen.

Helfen Sie mit, den Wald als unsere Lebensgrundlage zu erhalten! Transparenz hilft, die von uns in der EU verantwortete Entwaldung und Waldschädigung sichtbar zu machen und zu verhindern. Eine zerstörungsfreie Produktion von Soja- und Palmölprodukten, Rindfleisch und Leder, Holz, Kakao, Kaffee und Kautschuk sichert unsere Lebensgrundlagen.



Das EU Gesetz gegen die globale Entwaldung ist ein riesiger Fortschritt für den Schutz der Wälder: Jetzt wird aber versucht, das Gesetz auszubremsen. Das dürfen wir nicht zulassen! Unterschreiben Sie bitte unsere Petition: Soja grillt Zukunft. Herzlichen Dank!

Fenna Otten, ROBIN WOOD-Tropenwaldreferentin
tropenwald@robinwood.de

Protest!

**Bundeslandwirtschaftsminister
Cem Özdemir und
Landwirtschaftsministerin
Miriam Staudte:
HANDELN SIE JETZT!**



Der großflächige Soja-Anbau für die industrielle Tierproduktion hinterlässt katastrophale Spuren auf unserem Planeten.

Die deutsche Futtermittel- und Fleischindustrie importiert gigantische Mengen billigen Sojas aus Südamerika. Dafür werden Tropenwälder und Baumsavannen großflächig gerodet und artenreiche Grassteppen und Feuchtgebiete vernichtet. **Soja für Tierfutter zerstört Wälder und vertreibt Menschen.**

Deshalb handeln Sie jetzt!

Damit die Tierhaltungs- und Ernährungswende gelingt brauchen wir:

- **Das Gesetz gegen globale Entwaldung – jetzt!**
- **Die Stärkung des regionalen Anbaus von Hülsenfrüchten!**

Unterschreiben Sie die Petition für Klima, Artenvielfalt und Menschenrechte und unterstützen Sie damit unsere Forderungen.

Name, Vorname:	Straße, Hausnummer:
PLZ, Wohnort:	E-Mail:
Weitere Informationen?	<input type="radio"/> Nein , keine Informationen <input type="radio"/> Ja , informiert mich kostenfrei über Eure Arbeit!
Unterschrift	

Name, Vorname:	Straße, Hausnummer:
PLZ, Wohnort:	E-Mail:
Weitere Informationen?	<input type="radio"/> Nein , keine Informationen <input type="radio"/> Ja , informiert mich kostenfrei über Eure Arbeit!
Unterschrift	

Die Unterschriftenlisten bitte einsenden an:
ROBIN WOOD e.V., Bremer Str. 3, 21073 Hamburg; info@robinwood.de
Onlineprotest und mehr Infos: robinwood.de/sojapetition

Unterschreiben Sie bitte unsere die Petition „Soja grillt Zukunft“: Gegen gewissenlose Futtermittelproduktion! Für Klima, Artenvielfalt und Menschenrechte! Sie können auf unserer Homepage unter www.robinwood.de/sojaprotest auch digital unterschreiben oder Sie nutzen die beiliegende Unterschriftenliste in diesem Magazin.



Foto: BUND Sachsen



Foto: BUND Thüringen

Bild oben: In Sachsen fordern die Aktiven Nullemissionen bis spätestens 2035. Im Bild unten sind Freiwillige in Thüringen im Einsatz für den Gartenschläfer

Wählen gehen!

*In Sachsen, Brandenburg und Thüringen sind im September Landtagswahlen. In den Umfragen liegt die AfD in allen drei Bundesländern mit 23 bis 30 Prozent vorn. Auch wenn das Wahlergebnis anders ausfallen sollte, ist absehbar, dass Umweltthemen in der nächsten Legislaturperiode nur schwer durchzusetzen sein werden. Umso drängender ist die Frage, was wurde in der Umweltpolitik von der letzten Regierung auf den Weg gebracht. Wir haben uns bei den Kolleg*innen vom Bund für Umwelt und Naturschutz umgehört. Hier ist ihre Bilanz.*

Brandenburg: Der Stillstand vor der Katastrophe

Wir leben im letzten Jahrzehnt in dem wir noch wirkungsvoll gegen einen katastrophalen Klimawandel vorgehen könnten. Was wurde von der brandenburgischen Landeskoalition aus SPD, CDU und Grünen hierfür in den letzten fünf Jahren unternommen?

Nun, sehr wenig. Zwar wurden sowohl ein Mobilitätsgesetz mit klarer Priorisierung des ÖPNV und ein Klimaplan verabschiedet. Aber beides wurde nur mit massivem Druck von zivilgesellschaftlichen Bündnissen erreicht und stand bis zum Schluss auf der Kippe. So wollte die Staatskanzlei den Klimaplan im letzten Moment stoppen, obwohl er mit allen anderen Ministerien schon abgestimmt war. Nur eine massive Intervention von Wissenschaftler:innen, initiiert durch das Klimabündnis Brandenburg, konnte den Prozess wieder in Gang setzen.

Warum wollte die Staatskanzlei den Klimaplan stoppen? Im Kern ging es darum, den bündnisgrünen Umweltminister Axel Vogel vorzuführen. Der brandenburgischen SPD war ein Erfolg der Bündnisgrünen in einem urgrünen Thema nicht geheuer. Klar, es geht im Klimaplan um die Anpassung Brandenburgs an die Folgen des bereits eintretenden Klimawandels, aber wenn der Ministerpräsident die Grünen ärgern kann, dann pfeift man schon mal auf die Zukunft. Aber wenigstens hat Brandenburg jetzt einen Klimaplan.

In anderen Bereichen herrscht Stillstand. Der brandenburgische Wald ist durch den Klimawandel stark geschädigt. Gab es eine Novelle des Waldgesetzes, um die Bewirtschaftung anzupassen und den natürlichen

Waldumbau voranzutreiben? Natürlich nicht. Aus dem brandenburgischen Umweltministerium gab es zwar mehrere Anläufe für eine Reform des Jagdrechtes, um den natürlichen Waldumbau zu fördern. Diese scheiterten aber am Ministerpräsidenten und Jäger Dietmar Woidke. Der Waldumbau ist eine der wichtigsten Klimaanpassungsmaßnahmen. Er kommt aber nicht voran. Würde er in dem Tempo wie bisher weitergehen, wird es ca. 250 Jahre dauern bis Brandenburgs Wald zu einem klimaresilienten Mischwald umgebaut ist. Zu spät für eine Klimaanpassung.

Brandenburg hat außerdem ein massives Wasserhaushaltsproblem. Gab es eine Anpassung des Wassergesetzes? Sie ahnen es, natürlich nicht. Im Gegenteil: Es wird so getan, als könne alles immer so weitergehen. Allein für den Tagebau Welzow wurde das Ab-

pumpen einer Grundwassermenge von bis zu 55 Millionen Kubikmetern pro Jahr genehmigt. Das entspricht dem Jahresbedarf von 35 Teslawerken.

Die Umweltbewegung hat ihre spezielle Sicht auf die Landesregierung, insbesondere auf die nunmehr seit mehr als dreißig Jahren regierende SPD. Die Grunderfahrung ist, dass man sich auf Vereinbarungen mit der SPD-geführten Landesregierung nicht verlassen kann. Das erlebten in Brandenburg nicht nur Umweltbewegte. Dieser Vertrauensverlust ist eine Ursache dafür, dass die AfD in aktuellen Umfragen zur Landtagswahl die führende Partei ist. Es wird andere zivilgesellschaftliche und politische Kräften sehr viel Mühe kosten, daraus keinen AfD-Wahlerfolg werden zu lassen.

*Axel Kruschat Landesgeschäftsführer
BUND Brandenburg*



Brandenburg: Auf Druck der Umweltbewegung wurde in der letzten Legislaturperiode das Mobilitätsgesetz und ein Klimaplan beschlossen

Thüringen: Totgesagte leben länger

Im Freistaat Thüringen war die Legislatur geprägt von Unsicherheiten und Krisen. Seit 2021 ist im Freistaat die rot-rot-grüne Minderheitsregierung in der Regierungsverantwortung, die in der vergangenen Legislaturperiode noch über eine knappe Mehrheit verfügte. Das macht Themen wie Gesetzgebungsvorhaben oder den Landeshaushalt nicht einfach. Auch als BUND Thüringen schauten wir mit Sorge darauf, ob zwischen den Krisen, Verunsicherung und dem aufkeimendem Populismus noch Platz für Sacharbeit im Natur- und Umweltschutz bleibt. Am Ende der Legislatur können wir dies mit JA beantworten.

Trotz Minderheitsregierung ist es gelungen, den Natur- und Artenschutz zu stärken. Ein Trend, der sich in den letzten Jahren abzeichnete und erfreulicherweise ungebrochen ist. Es scheint fraktionsübergreifend eine gewisse Einigkeit darüber zu bestehen, dass Naturschutz für Thüringen wichtig ist. Das Netzwerk der Natura 2000-Stationen, das seit 2016 das Management der Natura 2000-Gebieten koordiniert und Schutzmaßnahmen umsetzt, ist weiter gesichert. Fördermittel für den Arten-

und Naturschutz wurden erneut erhöht und auch beim natürlicher Hochwasserschutz sind Bemühungen erkennbar. Das ist für eine Minderheitsregierung erstaunlich. Als BUND Thüringen konnten wir in dieser schwierigen Zeit unsere Projekte rund um Wildkatze, Gartenschläfer und Luchs dank guter Sacharbeit voranbringen.

Maßnahmen für den Klimaschutz umzusetzen, gestaltete sich schwieriger. Immerhin wurde das Windenergiebeteiligungsgesetz beschlossen, das Kommunen künftig an den Gewinnen aus der Energieerzeugung beteiligt. Ermüdend war die Diskussion um den Ausbau der Windenergie. In einem langen Hin und Her wurde erst das Verbot von Wind im Wald vom Bundesverfassungsgericht gekippt und dann in Thüringen quasi durch die Hintertür wieder eingeführt. Hier ging es weniger um die fachliche Auseinandersetzung mit diesem auch für den Naturschutz sensiblen Thema als vielmehr um das Beharren auf der eigenen Position.

Herausfordernd war und ist auch die Diskussion um die Ausweisung von Windvorranggebieten im Rahmen der

Regionalpläne. Hier spielen einige auf Zeit und sitzen die nötige Anpassung lieber aus. Auch das Agrarstrukturgesetz konnte nicht ratifiziert werden, was gerade für Thüringer wichtig wäre, um den Ausverkauf unserer Agrarflächen zu verhindern.

Für die nächste Landesregierung wird es nicht einfacher, denn die Herausforderungen rund um den Umbau unserer Landwirtschaft, die Auswirkungen der Klimakrise, der Ausbau des natürlichen Hochwasserschutzes, das Artensterben und der Umgang mit den geschädigten Wäldern wird nicht leichter. Aber sie können auf einem Fundament aufbauen. Immerhin. Dieses gilt es vor allem im Naturschutz zu festigen und weiter auszubauen. Thüringen hat gezeigt, dass gute Naturschutzpolitik möglich ist, wenn der Wille da ist.

Der BUND Thüringen wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass der Naturschutz nicht untergeht und mit einer starken, unabhängigen Stimme für die Umwelt eintreten.

Sebastian König, Landesgeschäftsführer des BUND-Thüringen



Foto: Konrad Schmidt/BUND Thüringen

Grünes Band in Thüringen: Trotz schwieriger politischer Rahmenbedingungen konnten Projekte zum Schutz von Wildkatze, Gartenschläfer und Luchs weitergeführt werden



Fotos: Martin-Jehmichen

Aktiv für den Gewässerschutz: Der begradigte Bach Lossa wurde renaturiert und fließt nun wieder in seinen Altarmen

Umweltschutz in Sachsen

Klimaschutz, Biodiversitätsschutz und die Lösung weiterer Umweltprobleme wie der gestörten Stickstoff- und Phosphorkreisläufe erfordern null fossile Brennstoffe in allen Sektoren und eine drastisch reduzierte Tierhaltung. Eigentlich schon heute, denn für die international rechtsverbindliche 1,5-Grad-Grenze haben Staaten wie Deutschland ihr Budget schon erschöpft.

Die vielbeschworene Zeitenwende hat uns auch in Sachsen einige, eher kleine Schritte in Richtung Postfossilität gebracht, vor allem bei der Flächenkulisse für die Windenergie. Auch beim Natur- und Gewässerschutz sowie bei der Ökologisierung der Agrarsubventionen hat Sachsen unter der schwarz-grün-roten Koalition kleine, konkrete Schritte nach vorn gemacht.

2024 sind in Sachsen Wahlen. Dazu haben wir als BUND Sachsen wieder Kernforderungen formuliert, die zugleich als Wahlprüfsteine für Kandidierende fungieren. Die Antworten aus den Parteien veröffentlichen wir rechtzeitig vor der Landtagswahl auf www.bund-sachsen.de, wissend, dass Sachsen primär als Mit-Akteur auf der Bundes- und EU-Ebene Dinge beein-

flussen kann. Denn rein sächsische Lösungen sind schon rechtlich meist gar nicht umsetzbar und verlagern in offenen Märkten Probleme sehr oft nur in andere Regionen.

Wir fordern in diesem Sinne eine ambitionierte Klimapolitik zur Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze aus dem Pariser Klima-Abkommen – im Sinne von Null-emissionen bis spätestens 2035. Wir fordern eine deutlich reduzierte Tierhaltung und einen vollständigen Ausstieg aus der Pestizidnutzung in zehn Jahren, ebenso wie den Umbau der Agrarsubventionen im Sinne von: öffentliche Gelder nur noch für öffentliche Leistungen. Allein damit würde man Klimawandel, Biodiversitätsverlust und gestörte Stickstoff- und Phosphorkreisläufe sowie einen wesentlichen Teil der Schadstoffbelastungen in Luft, Wasser und Böden weitestgehend erledigen.

Wir fordern die Verbesserung des Gewässerzustandes und die Konzentration auf ökologische Verkehre in der Verkehrspolitik. In wesentlichen Teilen würde beides schon über null Fossile und weniger Tierhaltung eingelöst, doch sind ergänzende, zum Beispiel planerische Maßnahmen nötig. Ebenso treten wir ein für eine Nachhaltigkeits-

politik, die soziale Gerechtigkeit durch Ausgleichsmaßnahmen für untere Einkommensgruppen wahrt – und im Blick behält, dass die größten Verteilungswirkungen von Umweltzerstörung und nicht von der Umweltpolitik ausgehen.

*Prof. Dr. Dr. Felix Ekardt,
Vorsitzender des BUND Sachsen,
Nachhaltigkeitsforscher*



Die Aktiven pflanzten 2500 Bäume und Sträucher am Bach Lossa, der zwei Waldstücke verbindet, die Wildkatzen und vielen anderen Arten als Lebensraum dienen



Foto: Bundesverband Solarwirtschaft e. V.

Warum gerade jetzt in Solar investieren?

Die Anschaffung einer Solaranlage sollte gut geplant sein, immerhin wird sie weit über 20 Jahre auf dem Dach verbringen. Im Zuge des Material- und Fachkräftemangels wurde den Interessierten für einige Zeit viel Geduld abverlangt. Doch die Lage hat sich deutlich entspannt, und Photovoltaik-Anlagen können eine gewinnbringende Investition darstellen – für den eigenen Geldbeutel und fürs Klima.

Als im Frühjahr 2022 Russland in die Ukraine einmarschierte, erwachte Deutschland aus einem Dornröschen-ähnlichen Schlaf. Die sicher geglaubte Versorgung mit fossilem Strom schien zu kippen, vielerorts wurden verhängnisvolle Blackout-Szenarien an die Wand gemalt. In vielen Köpfen machte sich die Erkenntnis breit, dass ein Umdenken stattfinden muss. Die Angst vor steigenden Strom- und Gaskosten und einem möglichen Energiemangel rief einen regelrechten Photovoltaik-Boom in Deutschland hervor. Der lokale Fachkräftemangel, pandemiebedingte Lockdowns in asiatischen Ländern sowie ein verstopfter Suez-Kanal führten zu Engpässen bei vielen Komponenten und verursachten hohe Preise in der Branche. Um den Investor:innen unter die Arme

zu greifen, wurden gesetzliche Vereinfachungen und Entbürokratisierungen angestoßen und umgesetzt – wengleich das eine oder andere Gesetzespaket noch immer auf sich warten lässt. Sogar die Einordnung der Erneuerbaren Energien ins “überragende öffentliche Interesse” schaffte es in die gesetzliche Verankerung (EEG §2).

Inzwischen haben sich die Wogen geglättet. Der asiatische Markt hat sich von den Folgen der Lockdowns erholt, die Handelswege und Lieferzeiten haben sich wieder eingependelt. Fertigungskapazitäten wurden ausgebaut, neue Firmen haben den Markt betreten.

Der rege Zufluss von PV-Modulen und weiteren Komponenten aus Asien erhöht den Druck auf die europäische PV-Industrie und drückt die Preise bis unter die Herstellungskosten. Zwar gibt es noch immer einen Mangel an Fachkräften – doch Solaranlagen können mittlerweile innerhalb weniger Monate geliefert und fertiggestellt werden. Es ist also eine gute Zeit, die Investition in die eigene Solaranlage anzugehen. Die Materialien sind preisgünstig, Handwerksbetriebe verfügbar. Die Einspeisevergütung wurde im Sommer 2022 angehoben und sinkt nur noch halb-

jährlich – was eine bessere Planbarkeit ermöglicht. Die Strompreise pendeln sich derweil auf einem gleichbleibenden Niveau ein und machen die Versorgung mit Sonnenstrom besonders lukrativ. Der Nullsteuersatz sowie der Wegfall der Einkommensteuer auf Einnahmen aus dem PV-Betrieb bleiben erhalten und sorgen weiterhin für preisliche und bürokratische Erleichterungen. Auch steckerfertige PV-Anlagen sowie PV-Anlagen auf Mehrfamilienhäusern können bereits jetzt kostengünstig installiert werden. Und die Wege für PV-Anlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden werden immer vielfältiger.

Also worauf noch warten? PV-Anlagen können inzwischen wieder unkompliziert und wirtschaftlich betrieben werden und stellen eine zuverlässige und rentable Investition in die Zukunft dar. Die Klimakrise gebietet uns schnelles Handeln. Die Technik ist ausgereift und die Branche hat bewiesen, was in ihr steckt. Die beste Zeit ist jetzt.

<https://www.sfv.de/warum-gerade-jetzt-in-solar-investieren>

Taalke Wolf, Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V., Aachen

Solarer Nachbarschaftsstrom

Um das Ziel von 100 Prozent Erneuerbaren Energien, vorzugsweise dezentral, zu erreichen, ist es entscheidend, dass immer mehr Menschen die Chancen der gemeinschaftlichen Energiewende erkennen und aktiv daran teilnehmen. Hierzu eignet sich das „Energy Sharing“, zu dem es bereits vielversprechende Ideen gibt. Auch das Konzept „Solarer Nachbarschaftsstrom“ bietet eine Möglichkeit, noch mehr Menschen an der Energiewende zu beteiligen.

In der Praxis sind Solaranlagen vor allem für diejenigen attraktiv, die entweder ein eigenes Einfamilienhaus besitzen und dort eine Anlage auf dem Dach installieren können oder in einem Mehrfamilienhaus wohnen, wo der erzeugte Solarstrom direkt vor Ort genutzt werden kann. Diese direkte Nutzung des Solarstroms ist besonders vorteilhaft, da sie hilft, die Stromkosten zu senken und die Abhängigkeit vom Stromnetz zu reduzieren.

Darüber hinaus gewinnen Photovoltaikanlagen mit integrierten Speichersystemen zunehmend an Bedeutung. Diese Speicher ermöglichen es, den tagsüber erzeugten Strom zu speichern und bei Bedarf, beispielsweise in den Abendstunden oder an bewölkten Tagen, abzurufen. Durch diese Technologie können Haushalte ihre Unabhängigkeit von möglichen Strompreiserhöhungen weiter erhöhen und eine noch effizientere Nutzung der selbst erzeugten Solarenergie erreichen.

Diese Entwicklungen sind erfreulich. Allerdings wird häufig übersehen, dass die meisten Menschen keinen Zugang zu einer eigenen Solaranlage haben. Ihre Wohnsituation ist geprägt von Häusern, deren Dächer aus verschiedenen Gründen nicht für die Nutzung von Solaranlagen geeignet sind – sei

es durch Verschattung, Gauben, zu geringe nutzbare Flächen oder erhöhte Denkmalschutzauflagen. In den meisten Mehrfamilienhäusern verfügen nur wenige Wohnungen über einen sonnenverwöhnten Balkon, auf dem ein kleines Stecker-Solargerät zumindest einen Teil ihres Stromverbrauchs aus erneuerbaren Quellen decken könnte. Vor allem stehen viele Bewohner:innen schlichtweg vor der Hürde eines zu geringen Einkommens, um in Photovoltaik zu investieren. Diese Hindernisse schränken den breiten Zugang zur Nutzung von Solarenergie bedauerlicherweise erheblich ein.

Energy Sharing – Konzeptideen des BBE und BNE

Gemeinschaftliche Bürgerenergieprojekte, die eine aktive Teilhabe an kostengünstigen Stromlieferungen ermöglichen (Energy Sharing), sind ein wichtiger Schritt, die Bürgerinnen

und Bürger stärker einzubeziehen. Hierzu gibt es bereits einen vielversprechenden Vorschlag, der vom **Bündnis Bürgerenergie e.V. (BBE)** eingebracht wurde. Dabei soll die Erzeugung und Nutzung von Energie auf Gemeinschaftsebene organisiert, geteilt und verbreitet werden. Energy Sharing basiert auf der Idee, dass Initiativen wie lokale Energiegenossenschaften, Bürgerenergieprojekte oder andere Formen der Bürgerbeteiligung die Installation von Photovoltaikanlagen, Windkraftanlagen oder anderen erneuerbaren Energiequellen in der Nähe von Gemeinschaften organisieren. Der erzeugte Strom wird dann von den Beteiligten lokal genutzt oder in einem gemeinschaftlichen Energiespeicher gespeichert.

Mitglieder der Gemeinschaft können sich den erzeugten oder gespeicherten Strom teilen oder ihn zu fairen Konditionen innerhalb der Gemeinschaft handeln. Insbesondere betont diese



Foto: Grammer Solar/R. Ettl

Noch haben die meisten Menschen keinen Zugang zu einer eigenen Solaranlage. Wichtig sind deshalb Konzepte für eine gemeinschaftliche Nutzung von Energie

Herangehensweise die Notwendigkeit einer partizipativen und lokalen Ausrichtung der Energiewende. Die Bürgerinnen und Bürger sollen nicht nur als passive Verbraucher, sondern als aktive Gestalter der Energiezukunft fungieren können. Durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Unternehmen und der Bevölkerung können die Ziele der Energiewende effektiver und nachhaltiger erreicht werden.

Der Bundesverband Neue Energiewirtschaft (bne) hat eine weitere Idee veröffentlicht. Er möchte mit einer gemeinschaftlichen Vor-Ort-Versorgung das Recht von Haushalten, Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen festschreiben. Diese sollen sich aktiv an der gemeinsamen Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen beteiligen können. Das schließt das Teilen von Strom über das Netz der öffentlichen Versorgung auf definierten lokalen Netzebenen ein. Der bne-Vorschlag zielt vornehmlich auf Vor-Ort Gemeinschaften ab, die Lieferangebote bündeln und auf rechtlicher Basis private Vereinbarungen selbstständig festlegen sollen.

Idee des SFV: Solarer Nachbarschaftsstrom

Zwei Haushalte im gleichen Niederspannungsnetz einigen sich vertraglich auf die Lieferung von Strom aus der PV-Anlage eines der Vertragspartner. Sie handeln frei den Preis pro Kilowattstunde aus und schließen dazu einen Liefervertrag. In diesem liegt der Preis pro Strommenge (kWh) idealerweise deutlich über der andernfalls fälligen Einspeisevergütung für die liefernde Partei, und deutlich unter dem sonst fälligen Bezugspreis für Netzstrom vom Stromanbieter. Beide Parteien können also profitieren. Eine behördliche Preiskontrolle ist nicht erforderlich, da die Vertragspartner die Lieferverträge innerhalb kurzer Lieferzeiträume (z.B. zum Quartalsende) lösen und die sonst bestehenden Liefervereinbarungen mit dem Stromversorger komplementieren und weiterführen können.

Dieses Modell **des SFV** erfordert keine externen Dienstleister. Vielmehr ist empfehlenswert, dass die Behörden der Bundesregierung, z.B. die Bundesnetzagentur, Interessierten einen einheitlichen Mustervertrag zur Verfügung

stellen, der für alle derartigen Vertragsverhältnisse Rechtssicherheit schafft. Auf lokaler Ebene lassen sich allerdings auch kommunale Plattformen denken, die den Kontakt zwischen liefernden und abnehmenden Parteien weiter erleichtern. Grundvoraussetzung ist, dass die Lieferantenpflichten von privaten Anlagenbetreiber:innen stark vereinfacht werden, um am Vertrieb des solaren Überschussstroms mitzuwirken. Denn sie sind keine Energieexpert*innen und gehen in aller Regel hauptsächlich anderen Tätigkeiten nach als der Belieferung mit Strom. Zu den Vereinfachungen sollten zählen:

1. Keine Vorgabe zum Umfang der Energielieferung,
2. Keine Pflicht zur Vollversorgung mit Strom
3. Keine Pflichten der Stromkennzeichnung (§ 42 Absatz 1 EnWG)
4. Vereinfachte Stromlieferverträge, am besten unter Nutzung bundesweit zur Verfügung stehender Musterverträge.

<https://www.sfv.de/nachbarschaftsstrom>

Susanne Jung, Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V., Aachen



Eine verstärkte Zusammenarbeit von Gemeinden, Unternehmen und der Bevölkerung lässt uns die Ziele der Energiewende effektiver und nachhaltiger erreichen

Klimawandel durch Entropie-Lawine

Liebe ROWOs,

seit 40 Jahren bin ich Mitglied bei ROBIN WOOD, mein Kampf gegen den Klimawandel hat sich im Laufe der Zeit aber vom Verein weg in die Politik verlagert: Seit zehn Jahre sitze ich im Kreistag des Landkreises Landsberg. Beruflich bin ich Energieberater für Nichtwohngebäude. Jahrzehntlang fand ich es frustrierend, in der Politik und in den Kommunen kein Gehör zu finden. Alle Vorschläge in Richtung Energieeffizienz wurden systematisch abgewehrt und torpediert. In den letzten zwei Jahren scheint sich zwar ein Wandel in den höheren Ebenen der Politik abzuzeichnen, aber ich bin sehr skeptisch, ob sich diese Politik mit der Brechstange auch realistisch umsetzen lässt. Man kann nicht in drei Jahren nachholen, was in 30 Jahren versäumt und ignoriert wurde.

Und wenn – dann kommt es uns alle so teuer, wenn die Mehrheit nicht mehr mitzieht. Mir scheint, dass die Leugner des menschengemachten Klimawandels täglich mehr werden. Es nützt leider nichts, diese Meinungen zu ignorieren oder gar darüber zu spotten. Eine Meinung kann man sich nur bilden, indem man beide Seiten und deren Argumente anhört. Von all den vielen „Fakten“ kann ich selbst fast nichts persönlich überprüfen. Am Ende bildet meine Meinung nur das ab, was ich eher zu glauben bereit bin. Darüber hinaus gibt es echte Fakten, die unstrittig sein sollten. Fakt ist, dass die Gesetze der Natur nicht verhandelbar oder novellierbar sind. Wer gegen die Gesetze der Natur verstößt, muss zwangsläufig scheitern.

Wir leben im Anthropozän. Wer wollte das denn bitte ernsthaft bestreiten? Das bedeutet, dass der Mensch inzwischen seinen Einfluss auf die gesamte Ökosphäre so gewaltig überdehnt hat, dass dies unweigerlich zur Vernichtung unserer Lebensgrundlagen führen wird. Etwa Dreiviertel aller Primärwälder sind in wenigen tausend Jahren „Kulturgeschichte“ bereits verschwunden. Der Urheber war der Mensch, niemand sonst. Wer will also ernsthaft bestreiten, dass der Mensch das Klima ändert? Die Wälder sind das Kleid der Erde und ihre natürliche Klimaanlage. Sie hielten auch den natürlichen Kohlenstoffkreislauf und das CO₂ in der Atmosphäre immer im Gleichgewicht. Aus unterirdischen Lagerstätten kam immer nur wenig CO₂ zusätzlich in den Kreislauf, z.B. durch Vulkanismus. Gleichzeitig wurde immer schon Kohlenstoff aus dem Kreislauf herausgenommen und z.B. in Mooren oder auch im Muschelkalk abgelagert. Dann kam der Mensch ins Spiel und begann Primärwälder in immer größer werdendem Umfang und in immer kürzerer Zeit abzubrennen. Dies bringt nicht nur plötzlich Gigatonnen an CO₂ in die Atmosphäre, sondern verändert die Verdunstung von Wasser und verringert die Wasserspeicherfähigkeit der Böden. Bereits hier werden die Auswirkungen menschlichen „Wirtschaftens“ sprich Raubbau ziemlich unübersichtlich und teils katastrophal. Mindestens seit Frederic Vester,

einem Kybernetiker, sollten wir die Vernetztheit allen Lebens erkannt haben. In der Politik ist davon fast nichts angekommen. Alle Kulturen, die dies nicht berücksichtigen, rennen ins Verderben, nachlesbar u.a. in „Kollaps“ von Jared Diamond. Und da gibt es doch tatsächlich Zeitgenossen, die den menschengemachten Klimawandel komplett negieren!?

Natürlich hat jeder Mensch das gute Recht den Kopf in den Sand zu stecken und nichts sehen und nichts hören zu wollen. Die Natur ist unerbittlich. Ihre Gesetze lassen sich nicht ungestraft übertreten. Eines jener Gesetze nennt sich Entropie. Sie nimmt immer nur zu. Die heute vorherrschende menschliche Methode des Wirtschaftens ist nicht mehr an natürliche Kreisläufe gekoppelt, sondern lebt von „ex und hopp“. Wir lassen die Entropie zur Lawine anschwellen. Besonders gefährlich sind dabei alle Prozesse, die unumkehrbar sind. Einen 2000 Jahre alten Baum zu fällen, ist unumkehrbar. Wenn der Amazonasregenwald mal weg ist, so wird ihn niemand mehr herbeizaubern und auch nicht die zehn Meter an Niederschlag, die dort in der Vergangenheit im Jahr auf einem Quadratmeter niedergingen. Das Buch „Entropie“ von Jeremy Rifkin zeigt dies allgemein verständlich. Für mich müsste dieses Buch jeder Mensch gelesen haben, der in die Politik einsteigen möchte.

Bei Interesse schickt der Autor Ihnen gerne eine ungekürzte Fassung seiner Thesen und weitere Informationen zum Thema zu.

[Wolfgang Buttner, Landsberg, buttner@lichtsysteme.de](mailto:buttner@lichtsysteme.de)



„Mit jedem Tag, an dem wir weiter auf dem gegenwärtigen Hochenergiekurs bleiben, erhöhen wir die Entropierechnung, die letzten Endes doch bezahlt werden muss“, Jeremy Rifkin, Entropie

Ihre Meinung ist uns sehr wichtig!

Bitte rufen Sie uns an: 040 380892-0 und schreiben uns: magazin@robinwood.de

Danke schön!



Foto: iStock/mystockimages

Gutes Beispiel Schweiz: Wer in der Schweiz Bahn fährt, kann nicht nur eine tolle Aussicht genießen, sondern zum Beispiel auch ein gut ausgebautes Schienennetz

Eine andere Bahn ist möglich

Während der Fußball-Europameisterschaft wurden die Mängel der Bahn in Deutschland international deutlich. Fans verpassten ihr Spiel, Züge waren teilweise völlig überfüllt und selbst der Zug, mit dem die DB der Presse ihren Service vorstellen wollte, kam 45 Minuten zu spät. Sogar die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik macht sich Sorgen darüber, dass die marode Infrastruktur und die chronische Verspätung der Deutschen Bahn die Verteidigungsfähigkeit der NATO infrage stellen, weil die Transportkapazitäten der DB im Verteidigungsfall überfordert wären.

Man könnte es als zynisch bezeichnen, dass das zivile Leiden so vieler Menschen an und mit der Bahn von der Politik 30 Jahre lang ungerührt hingenommen wurde und erst militärische Fragen die Verantwortlichen aufschrecken. Plötzlich beklagt Berthold Huber, Infrastrukturvorstand der Deutschen Bahn, den „bedauernswerten Zustand“ der deutschen Eisenbahn-Infrastruktur. Huber ist als langjähriger DB-Manager maßgeblich mitverantwortlich für die Misere. Während er Krokodils-

tränen darüber vergießt, dass der von der DB organisierte Alltag dazu führt, dass „die Menschen das Gefühl haben, dieser Alltag funktioniert nicht mehr“, ist er selbst zum Einkommensmillionär aufgestiegen. Wie kam es zu allem? Und was könnte man ändern?

Die gewinnorientierte Bahn

Seit dreißig Jahren arbeitet die Deutsche Bahn AG (DB AG) gewinnorientiert. Das bedeutet, sie darf und soll so agieren wie die Kapitalanlage eines Milliardärs, die Zinsen abwerfen soll. Tatsächlich gehört die DB AG zu 100 Prozent dem Staat und somit uns allen. Dennoch wird das Gemeinwohl missachtet. In der Zeit seit der Gründung der DB AG wurde die Zahl der Beschäftigten so gut wie halbiert. Das hätte auch ein Milliardär so gemacht, Stichwort: Kosten senken. Aber abzüglich der steuerfinanzierten Subventionen hat die DB AG noch in keinem Jahr ihres Bestehens Gewinne abgeworfen. Gleichzeitig verfällt ihr Kapitalstock: Schienen, Bahnhöfe und Züge. Kein Milliardär würde das tolerieren. Und wir als Kund*innen leiden: Mit dem

Verfall der Infrastruktur müssen die Bahnreisenden immer mehr Einschränkungen ertragen, die Pünktlichkeit sinkt und sinkt, Hauptstrecken werden über Monate komplett gesperrt. Nur zehn Prozent der Menschen fahren überhaupt noch Bahn, 90 Prozent nutzen Auto und Flugzeug. Was bei der DB AG hingegen ständig wächst, sind die Schulden. Staat und Gesellschaft machen mit der gewinnorientierten Bahn fortwährend Verluste. Ein Denkspruch besagt, dass es Wahnsinn kennzeichne, wenn man immer wieder das Gleiche tut, aber stets andere Ergebnisse erwartet. Die gewinnorientierte Bahn will und will einfach keine Gemeinwohlziele erfüllen, so oft man es auch mit ihr versucht. Von Shakespeare wissen wir, dass auch Wahnsinn Methode haben kann. Im Fall der DB AG werden alljährlich Bilanzpressekonferenzen abgehalten, die die Verluste für die Allgemeinheit ausblenden. Aber nicht nur das: Dort wird auch regelmäßig verschwiegen, wer tatsächlich Gewinne macht. Verkäufe innerstädtischer Bahngrundstücke weit unter Wert haben einige Immobilienfirmen sehr reich gemacht. Und auch die Riege der

DB-Manager*innen profitiert. Bonuszahlungen bei Verlusten? Bei der DB kein Problem. Der Bahnvorstand erhält jedes Jahr Millionengehälter. Die vielen hundert Tochtergesellschaften haben insgesamt viele tausend Manager*innen. Schätzungen ergeben, dass für diese Armada von Verlustproduzierenden jedes Jahr insgesamt zwei Milliarden Euro an Gehältern fließen. Man kann sich vorstellen, dass diese Gruppe möchte, dass alles so weitergeht wie bisher. Das ist aus ihrer Sicht durchaus rational. Ein Milliardär würde so ein Management vor die Tür setzen. Die Bundesregierung lässt alles laufen – und damit geht es auch mit der Bahn weiter rapide bergab.

Die gemeinnützige Bahn

Es wäre gut, wenn die Bahn als öffentliche Einrichtung auch juristisch im öffentlichen Recht organisiert wäre und auf diesem Wege endlich dem Gemeinwohl dienen würde. Die Deutsche Rentenversicherung ist zum Beispiel so organisiert und die Krankenkassen. Das Bündnis Bahn für Alle fordert genau das seit vielen Jahren. Allerdings steht im Grundgesetz: „Eisenbahnen des Bundes werden als Wirtschaftsunternehmen in privat-rechtlicher Form geführt.“ Es gibt jedoch noch einen weiteren Weg, den Nutzen für die Allgemeinheit rechtlich verbindlich zu verankern: die formelle Gemeinnützigkeit. Auch eine privat-rechtliche Aktiengesellschaft kann gemeinnützig sein, zuständig ist stets das Finanzamt. Die Satzung muss gemeinnützige Zwecke festlegen, außerdem dürfen langfristig keine Gewinne erzielt werden. Für die Bahn kommt als gemeinnütziger Zweck die Förderung des Umweltschutzes einschließlich des Klimaschutzes infrage.

Gelingt es, viele Menschen weg vom Auto und Flugzeug hin zu Bahnreisen zu bewegen, würde das Treibhausgas sowie Feinstaub- und Unfalltote in Deutschland erheblich reduzieren. So könnte das gehen: Die Deutsche Bahn gAG sollte zunächst die Fahrpreise senken, das Ticketsystem radikal vereinfachen und Sozialtarife anbieten. Das 9-Euro-Ticket hat gezeigt, dass die Menschen sich von solchen Angeboten

überzeugen lassen. Um zusätzliche Fahrgäste aufzunehmen, müssen die Zahl der Züge und die Netzkapazität deutlich erhöht werden, letztere am dringendsten und schnellsten durch den (Wieder-)Einbau von Weichen und Überholgleisen, mittelfristig auch durch den Bau zusätzlicher Gleise an Kapazitätsengpässen. Die gAG sollte Mittelzentren und beliebte Urlaubsziele wieder regelmäßig anfahren und die Zuggattung Interregio neu auflegen. Mit Nachtzugangeboten kann die gAG zudem Herzstück und Motor eines europaweiten Netzes für den internationalen Verkehr werden. Klimaschädliche Großprojekte wie Tunnelbauten sollten hingegen beendet werden. Stattdessen sollte der Bestand saniert werden, gefolgt von einer beschleunigten Elektrifizierung. Und natürlich sollte die gemeinnützige Bahn Strecken ausbauen und reaktivieren.

Die gAG sollte Zugfahren angenehm gestalten. Hygienestandards und Barrierefreiheit sind in jedem Zug einzuhalten. Ein verbindliches Mehrzweckabteil könnte die Mitnahme von Fahrrädern, Anhängern und Großgepäck erleichtern. Mit der Anerkennung der Gemeinnützigkeit für die Bahn ist der Staat als Eigentümer nicht aus der Pflicht. Die Finanzierung muss kontinuierlich sichergestellt werden. Der Deutschlandtakt sollte wie ursprünglich geplant 2030 starten und nicht wie zuletzt angedroht erst 2070. Die 5.600 zurzeit vielfach vernachlässigten Bahnhöfe könnten Bund und gAG gemeinsam zu attraktiven Zugängen zum System Schiene umgestalten. Alles nur Träume? Auch in der Schweiz ist die Bahn eine Aktiengesellschaft und handelt doch gemeinnützig. Der entscheidende Unterschied ist der Wille, die Bahn zum wichtigsten Verkehrsmittel zu entwickeln. Aktuell bekommt die DB AG nur Bilanzziele vorgegeben, gegen das Gemeinwohl wird dementsprechend kontinuierlich verstoßen.

Bahn für Alle wollte in einer repräsentativen Umfrage wissen: „Sollte die Deutsche Bahn Ihrer Meinung nach gewinnorientiert oder gemeinnützig ausgerichtet sein?“ Die Antwort war eindeutig: 70 Prozent der Bevölkerung

wünschen eine gemeinnützige Deutsche Bahn. Eine Gewinnorientierung halten hingegen nur 14,6 Prozent für richtig. Das sollte jede Regierung doch als klaren Mehrheitsauftrag verstehen. Aber die Ampel nimmt weitere Privatisierungen vor: Auf den Verkauf der Auslandstochter Arriva folgt der Verkauf von DB Schenker, womöglich kommt danach der DB Fernverkehr dran. Dazu sollen Öffentlich-Private Partnerschaften kommen. Zum Jahresanfang fusionierten DB Netz und DB Station&Service zur DB InfraGO. GO soll für Gemeinwohlorientierung stehen. Doch per Satzung ist die InfraGO weiterhin der gewinnorientierten DB AG unterstellt. „Gemeinwohlorientierung“ klingt gut, ist aber juristisch nicht zu greifen. Der bindende Rechtsbegriff lautet eben „Gemeinnützigkeit“, und wie die Umfrage von Bahn für Alle zeigt, kennen die Menschen den Unterschied und sehen darin einen Schlüssel, um die Bahn zurück auf die Schiene zu bringen.

Unterschreibe noch bis zum 31. August unsere Petition: <https://bahn-fuer-alle.de/die-ganze-bahn-muss-gemeinnuetzig-werden/> Am 3. September übergeben wir die Unterschriften an den Bundesverkehrsminister Volker Wissing, der an diesem Tag 1000 Tage im Amt ist.

Carl Waßmuth ist Bauingenieur, Infrastrukturexperte und Autor. Er ist Gründungsmitglied von Bahn für Alle und Vorstand der Trägerorganisation Gemeintut in BürgerInnenhand. Zum Thema Verkehr erschien von ihm zuletzt: *Carl Waßmuth, Winfried Wolf, Verkehrswende – ein Manifest*. Papyrus, Köln 2020.



Das Bündnis Bahn für Alle macht sich dafür stark, dass die Deutsche Bahn tatsächlich dem Gemeinwohl dient

Nummer 162/3.24

ROBIN WOOD-Magazin

Zeitschrift für Umweltschutz
und Ökologie

ISSN: 1437-7543

Erscheinungsweise vierteljährlich

Redaktion:

Jana Ballenthien, Sabine Genz, Moritz Heck, Angelika Krumm, Annette Littmeier, Dr. Christiane Weitzel (V.i.S.d.P.). Die Redaktion ist für Layout, Satz, Fotos, Anzeigen verantwortlich.

Verlag:

ROBIN WOOD-Magazin
Bundesgeschäftsstelle
Bremer Straße 3, 21073 Hamburg
Tel.: 040 380892-0, Fax: -14
magazin@robinwood.de

Jahresabonnement:

12,- Euro inkl. Versand.
Der Bezug des Magazins ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Förder*innen, die ab 50 Euro jährlich spenden, erhalten ein kostenloses Jahresabo.

Gesamtherstellung:

Nordbayerischer Kurier, Bayreuth
Bogenoffsetdruck, Auflage: 7.000.
Gedruckt mit mineralölfreien Farben
auf 100 % Recyclingpapier mit dem
Blauen Engel.

Titelbild:

Idee und Illustration BooBoo Tannenbaum in Kooperation mit
Annika Lübbe

Spendenkonto:

ROBIN WOOD e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE93 3702 0500 0008 4555 00
BIC: BFS WDE 33 XXX



info@robinwood.de
www.robinwood.de

 **anzeige**

INFORMIERT. DECKT AUF. MACHT MUT. BEWEGT.

STICHWORT


BAYER

DAS KONZERNKRITISCHE MAGAZIN

WWW.STICHWORT-BAYER.DE/ABO

Fax 0211 – 26 11 220 // Fon 0211 - 33 39 11 // info@stichwort-bayer.de // www.stichwort-bayer.de

Foto: Foodwatch



Lasst uns über Morgen reden.

INFORMATIONEN ZU TESTAMENT UND ERBSCHAFT **ROBIN WOOD**

Lasst uns über morgen sprechen

Unsere Freude und unsere Dankbarkeit waren groß, als wir Anfang diesen Jahres einen Nachlass erhielten. Nicht immer sind uns diese Menschen, die vererben, zuvor bekannt. Nicht immer waren sie Fördermitglieder oder Spender*innen. Und doch steckt vieles in den wenigen handgeschriebenen Zeilen, die uns durch die Abschriften der Amtsgerichte übermittelt werden. Es sind Zeilen, die berühren und die eine Aussage treffen, darüber, was im Leben bedeutsam war.

Von der Gewissheit, etwas Bleibendes zu hinterlassen

Auf die Frage, warum Menschen Teile ihres Vermögens an einen Verein wie ROBIN WOOD vererben, ist eine Antwort: Weil sie mit ihrem Vermächtnis die Zukunft der nächsten Generationen gestalten wollen.

Denn ein Testament ist eine Entscheidung für das Leben! Es ist ein Beitrag für eine bessere Welt und die Fürsorge für

nachkommende Generationen. Mit dem Erbe ist es möglich, einen guten Zweck zu unterstützen und das, was wichtig war, weiterzureichen, auch über den eignen Tod hinaus.

Häufig sind es Menschen, die der Gesellschaft etwas zurückgeben möchten, weil es ihnen im Leben gut gegangen ist oder die Angehörigen bereits versorgt sind. Der Staat belohnt die gute Tat. Nachlässe an gemeinnützige Organisationen wie ROBIN WOOD sind von der Erbschaftsteuer befreit. Ihr Nachlass kommt also voll und ganz unserem Engagement für die Wälder und einer lebenswerten Zukunft zugute.

Um über gesetzliche Regelungen zu informieren, haben wir uns im Team zusammengesetzt und diese kleine Nachlassbroschüre entwickelt. Sie bietet einen Überblick über die gesetzliche Erbfolge, die gültige Form eines Testaments und Möglichkeiten, diese zu gestalten. Den fachkundigen Rat einer Notarin oder eines Notares ersetzt sie natürlich nicht.

Nutzen Sie die Gelegenheit und bestellen Sie kostenfrei Informationen zu Testament und Erbschaft unter der Telefonnummer: 040 380 892-0 oder senden Sie eine E-Mail mit der Anfrage an: testament@robinwood.de.

Sie können mit Ihrem Nachlass die Zukunft gestalten. Hinterlassen Sie etwas Bleibendes. Wir freuen uns auf Ihre Anfrage!



Andrea Zander & Christiane Weitzel

“

ROBIN WOOD ist für mich die überzeugendste waldbezogene Umweltorganisation, weil sie seit 40 Jahren sehr konsequent immer wieder den Finger in die Wunde legt.

Dr. Lutz Fährer, Forstdirektor Lüneburger Stadtwald 1986 bis 2009, Initiator des Konzepts der „Naturnahen Waldnutzung“

FÜR IHREN BESONDEREN TAG

IHRE GESCHENKSPENDE
FÜR ROBIN WOOD,
WEIL IHNEN DIE WÄLDER
AM HERZEN LIEGEN



ROBIN WOOD

Spenden statt Geschenke

Ihr runder Geburtstag steht in diesem Jahr an? Ein Jubiläum? Wir hoffen, dass es auch in diesem Jahr gute Gründe zum Feiern gibt!

Wer in nächster Zeit einen besonderen Tag vor sich hat, kann sich ab sofort eine Spende für die wilden Wälder wünschen. Starten Sie Ihre Spendenaktion und setzen Sie ein Zeichen für Klimagerechtigkeit und den weltweiten Erhalt der Wälder. Damit inspirieren Sie nicht nur Ihre Gäste, Sie machen es Ihren Lieben auch leicht, Ihnen eine Freude zu bereiten.

Es ist sehr unkompliziert an der Aktion „Spenden statt Geschenke“ teilzunehmen. Lassen Sie sich gerne kurz telefonisch von Andrea Zander beraten und weisen Sie Ihre Gäste schon in der Einladung auf Ihre Aktion hin.

Unter einem vereinbarten Stichwort können Ihre Lieben auf unser Spendenkonto einen Betrag überweisen. Alternativ stellen wir Ihnen eine Spendenbox zur Verfügung und Sie können nach der Feier den Gesamtbetrag auf unser Konto überweisen.

Nach ungefähr drei Wochen erhalten Ihre Gäste auf Wunsch eine Spendenbescheinigung und ein Dankschreiben, sofern uns Name und Adresse der spendenden Person bekannt sind.



Wir helfen Ihnen gerne bei der Umsetzung. Wenden Sie sich bitte an Andrea Zander oder bestellen Sie unseren Infoflyer unter Tel.: 040 380892-13 oder andrea.zander@robinwood.de

Bausteine für ein solidarisches Klima

ROBIN WOOD-Veranstaltungreihe im Herbst 2024



Grafik: iStock/wildpixel

Ein solidarisches Klima – was soll das sein? ROBIN WOOD möchte über sozial-ökologische Transformation diskutieren und dabei klären, was damit eigentlich gemeint ist. Denn Klimapolitik ist häufig auch Verkehrs- oder Energiepolitik. Und Waldschutz ist genauso klimapolitisch relevant wie nachhaltige Lieferketten. Um diese Zusammenhänge geht es bei einer ROBIN WOOD-Veranstaltungsreihe im Herbst 2024: Wir werden den Begriff solidarisches Klima diskutieren und dabei Gerechtigkeitsfragen und klimapolitische Fragestellungen zusammenbringen. Wir hoffen, so den Diskurs um eine sozial-ökologische Transformation neu anzuregen.

Wir freuen uns auf eure Anmeldung!

- Die Veranstaltungsreihe startet am 2. Oktober 2024 um 19 Uhr online und findet dann zweiwöchentlich statt
- Anmeldung unter info@robinwood.de
- Wir freuen uns über eine Spende für die Vorbereitung der Veranstaltungen!
- Die Veranstaltungen finden auf deutscher Lautsprache statt, englischsprachige Referent*innen werden jeweils übersetzt.

www.robinwood.de/termine/bausteine-fuer-ein-solidarisches-klima



Foto: ROBIN WOOD

Anfang Juni 2024 vor dem Porsche Showroom in Stuttgart: Die Aktivist*innen von ROBIN WOOD protestieren gemeinsam mit der Initiative Custodi del Bosco d'Arneo, die sich gegen das Abholzen von uralten Eichen in Apulien engagiert. Der Wald soll für den Ausbau einer Porsche-Teststrecke weichen

ROBIN WOOD aktiv für Umwelt und Natur

Mit spektakulären Aktionen setzen sich die Aktiven von ROBIN WOOD für die Umwelt ein. Sie steigen den Konzernen aufs Dach, die ohne Rücksicht auf die Folgen Profite machen. Und sie machen Druck bei der Politik, damit ihren Versprechungen für mehr Nachhaltigkeit auch Taten folgen. Wir alle gemeinsam: die Aktiven, die Förder*innen und das hauptamtliche Team sorgen dafür, dass ROBIN WOOD stark und unabhängig bleibt. Mehr zu unseren Kampagnen und Aktionen lesen Sie in diesem Heft. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Ich möchte andere informieren!

Bestellungen gerne auch via
E-Mail: info@robinwood.de
oder Telefon: 040 3808920

Bitte senden Sie mir zum Weitergeben:

___ Exemplare dieses Magazins

ROBIN WOOD e.V.
Geschäftsstelle
Bremer Str. 3

21073 Hamburg

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Telefon:

E-Mail:

Datum, Unterschrift

Aktiv für die Umwelt

www.robinwood.de

Foto: ROBINWOOD



Tesla, VW und Co:
Gegen den
GRÖßENWAHN
der **AUTOKONZERNE!**
ROBIN WOOD

Porsche
→ in Rente!

Piëch
→ in Rente!


Volkswagen
wählt
Europa.
Europawahl
9. Juni 2024
